

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Gewerkschaften und Reparationen

Von Th. Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Streit um die Reparationen ist wieder akut geworden. Durch das Hoover-Festjahr war insofern ein Waffenstillstand eingetreten, als Deutschland für ein Jahr nur die ungeschützten Zahlungen in Reichsmark zu leisten hat (die es zudem in Anleiheform zurückbehalten darf), während der „Transfer“, also die Ueberweisung in ausländischen Zahlungsmitteln, infolge seiner Armut an Gold und Devisen völlig ruht. Nun wird zwar allgemein anerkannt, daß Deutschland zurzeit zahlungsunfähig ist. Aber man wirft ihm vielfach vor, daß es an dieser Zahlungsunfähigkeit selbst schuldig sei, weil es in übermäßigem Umfange Auslandsanleihen aufgenommen habe und mit diesen Anleihen verschwenderisch umgegangen sei. Man tadelt auch, daß es ohne Rücksicht auf den Vorrang der Reparationen diese privaten Auslandsschulden als guter Schuldner zurückzahlen will. Nachdem vor kurzem der Sachverständigen-Ausschuß in Basel sich mit diesen Fragen beschäftigt hat, werden sich jetzt die beteiligten Regierungen in Lausanne vereinigen, um über das gleiche Problem zu beraten. Ich möchte die kurze Pause, die zwischen der Bekanntgabe des Berichtes der Sachverständigen und dem Zusammentritt der Regierungskonferenz liegt, dazu benutzen, unsere Gewerkschaftsfreunde im Auslande auf einige grundlegende Irrtümer über die Aufbringung und Verwertung der Reparationszahlungen hinzuweisen. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich auf die Reparationen als politische Ursache der Weltwirtschaftskrise, insbesondere aber der deutschen Wirtschaftskrise, in diesem Zusammenhang nicht eingehe.

Warum brauchte Deutschland Auslandsanleihen?

Auf Grund des Vertrages von Versailles mußte Deutschland eine Reihe von Bar- und Sachleistungen auf sich nehmen: Barzahlungen, Uebernahme von Besatzungskosten, Abtretung von Staatseigentum, Auslieferung von deutschem Privateigentum im Inlande und im Auslande usw. Dann kamen die Reparationszahlungen in Form von Bar- und Sachleistungen auf Grund des Dawes-Planes und später des Young-Planes. Während die Höhe der Reparationszahlungen, die durch die beiden Pläne festgelegt waren, kaum umstritten worden ist, gingen die Schätzungen über die früheren Leistungen aus dem Vertrag von Versailles weit auseinander. Die Reparationskommission bewertete die deutschen Leistungen bis Ende 1922 mit 7,9 Milliarden Goldmark, der bekannte englische Nationalökonom Prof. Keynes mit 20-25 Milliarden, die Amerikaner Moulton und Mc Guire mit 25,8 Milliarden, der jüngst verstorbene deutsche Nationalökonom Prof. Brentano mit 41,5 Milliarden. Die Schätzungen weichen also erheblich voneinander ab. Von Ende 1922 bis zum Dawes-Plan betragen die deutschen Reparationszahlungen nach Berechnung der Reparationskommission 2,5 Milliarden, vom Dawes-Plan (1924) bis zum Hoover-Festjahr (1931) 1,6 Milliarden Reichsmark. Das ergibt zusammen seit dem Vertrag von Versailles die Summe von 25 Milliarden oder nach der höheren Schätzung von rund 58 Milliarden.

Die Bedeutung dieses Kapitalverlustes für die deutsche Wirtschaft ist nicht nur aus der Höhe der Leistungen zu ersehen. Man muß die Umstände hinzurechnen, unter denen die Leistungen erfolgten. Deutschland hatte durch den Vertrag von

Versailles wertvolle Gebiete verloren; die neuen Grenzen zerrissen vielfach alte Handelsbeziehungen und zusammenhängende Produktionseinheiten; diese Schäden mußten ausgeglichen werden. Deutschland war durch eine vierjährige Blockade von Lebensmitteln und Rohstoffen entblößt; die fehlenden Vorräte mußten beschafft werden, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Deutschland hatte Schiffe, Eisenbahnmateriale, Vieh, Maschinen usw. abgeben müssen; es war gezwungen, für Ersatz zu sorgen. Seine Produktionsmittel mußten erneuert werden. Da während des Krieges keine Wohnungen gebaut worden waren, herrschte Wohnungsmangel; er mußte behoben werden. Um diese dringlichen Aufgaben zu erfüllen und sein Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, brauchte Deutschland in der gleichen Zeit, in der ihm gewaltige Kapitalsummen entzogen wurden, namhafte Beträge. Der heimische Kapitalmarkt aber war ausgeblutet und konnte die notwendigen Summen nicht aufbringen. Somit war Deutschland gezwungen, die Kapitalmärkte des Auslandes zu beanspruchen.

Wem haben die Auslandsanleihen genützt?

Wir haben gesehen, daß Deutschland die abgelieferten 25 bis 58 Milliarden wenigstens notdürftig in seiner Wirtschaft ersetzen mußte. Trotzdem betragen die Auslandsschulden, die ihm jetzt vorgeworfen werden, nicht einmal 25 Milliarden Reichsmark, einschließlich der Rembourskredite usw., die nur der laufenden Warenfinanzierung dienen und daher eigentlich von dieser Summe abgezogen werden müßten. Auf jeden Fall bleiben die Auslandskredite selbst hinter jenen Beträgen zurück, die die Reparationskommission und ihre Nachfolger als deutsche Leistung verbucht haben.

Fragen wir nun zunächst sachverständige Beurteiler, auf welchem Wege Reparationen ohne Schädigung der Wirtschaft geleistet werden können? Das Dawes-Komitee, dem bemerkenswerterweise kein einziger Deutscher angehörte, äußert sich dazu wörtlich:

„Die Reparationsleistungen selbst werden durch einen Exportüberschuß finanziert und können nur so fi-

Passivposten, die sich aufheben, gegeneinander auf und komme somit zu folgender vereinfachter, aber für unsere Zwecke genügenden Darstellung:

Zufluß und Verwendung von Devisen in Deutschland 1924/1930.

(in Mrd. RM.)

Herkunft	Betrag
Langfristige Auslandsanleihen	8,2
Kurzfristige Auslandsanleihen	8,9
Überschuß deutscher Effektenverkäufe über deutsche Käufe vom Ausland	1,1
Verwendung	Betrag
Passivsaldo der Warenhandels- u. Dienstleistungsbilanz	3,1
Zinsen für Auslandsschulden	2,7
Gold- und Devisenzugang bei den Notenbanken	2,1
Reparationen (Barzahlungen)	10,3

Ein Blick auf den unteren Teil der Tabelle zeigt uns, daß Deutschlands Außenhandel keinen Devisenüberschuß gebracht hat, sondern im Gegenteil einen Fehlbetrag von 3,1 Milliarden. Womit sind also die 10,3 Milliarden an haren Reparationsleistungen (ohne die Sachlieferungen!) bezahlt worden? Ein Blick auf den oberen Teil der Tabelle belehrt uns: nur durch die Auslandsanleihen. Man soll also Deutschland nicht hinterdrein den Vorwurf machen, daß es die Reparationen durch die Aufnahme jener Auslandskredite gefährdete.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich eine Folgerung, die bei den kommenden Reparationsverhandlungen in Lausanne beachtet werden muß. Man sagt, daß die privaten Auslandsschulden kein Vorrecht vor den Reparationen haben dürfen. Aber der Vorgang hat sich doch so abgespielt, daß die anfallenden Devisen der Auslandsanleihen zuerst den Siegerstaaten zugeflossen sind. Diese haben also die Priorität genossen.

Reparationszahlungen sind nicht mehr berechtigt

Vier Jahre Weltkrieg haben blühende Gegenden Frankreichs und Belgiens verwüstet. Das mehrfache Angebot der deutschen Gewerkschaften auf Bereitstellung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist leider abgelehnt worden. Ich will mich zu dieser Ablehnung nicht äußern. Hier genügt die Feststellung, daß in jenen Gebieten erfreulicherweise die Spuren des Krieges verwischt sind. Die Kosten der Wiederaufbauarbeit sind unseres Erachtens durch die von Deutschland abgelieferten Milliardenwerte bereits gedeckt; damit ist dem Recht auf Reparationen ohne Zweifel Genüge gesehen.

Die Reparationskommission hat Deutschlands Leistungen anerkennen und buchen müssen. Der Reparationsagent hat viermal jährlich ordnungsgemäß bestätigt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen pünktlich und in vollem Umfange nachgekommen ist. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der letzte Nachfolger dieser Kontrollinstanzen, hat keine Beanstandungen erhoben. Deutschland hat also die Verträge voll erfüllt. Zurzeit ist es von seinen Verpflichtungen entbunden, nicht auf eigenen Antrag, sondern infolge der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Hat es die Reparationszahlungen später wieder aufzunehmen? Mir scheint im Gegenteil der

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

betrifft Beitragsregelung

Der Hauptvorstand hat als Ergänzung zu § 13, Ziffer 2 des Verbandsstatuts den nachstehend veröffentlichten Beschluß gefaßt. Durch Zustimmung des Verbandsbeirats und Verbandsausschusses ist der Beschluß rechtskräftig geworden.

„Mitglieder, die verkürzt arbeiten und Erwerbslosenunterstützung vom Verband nicht beziehen, dürfen ständig Erwerbslosenbeiträge entrichten, wenn die wöchentliche Arbeitszeit nur 8 Stunden und weniger beträgt;

beträgt die wöchentliche Arbeitszeit bis 16 Stunden, muß in jeder dritten Woche ein Vollbeitrag entrichtet werden.

beträgt die wöchentliche Arbeitszeit bis 24 Stunden, muß in jeder zweiten Woche ein Vollbeitrag entrichtet werden;

Hannover, den 15. Januar 1932.

beträgt die wöchentliche Arbeitszeit bis 30 Stunden, darf jede dritte Woche ein Erwerbslosenbeitrag,

und beträgt die wöchentliche Arbeitszeit bis 36 Stunden, darf jede vierte Woche ein Erwerbslosenbeitrag entrichtet werden.“

Durch diese Regelung soll nur die Beitragsanpassung, die sich infolge Kurzarbeit nötig macht, herbeigeführt werden. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 36 Stunden müssen ohne Unterbrechung durch Erwerbslosenbeiträge Vollbeiträge geleistet werden. Der Verdienstausschlag durch Lohnherabsetzung darf nicht durch Erwerbslosenbeiträge ausgeglichen werden, sondern nur durch Angleichung der Verbandsbeiträge nach § 9, Ziffer 2 und Ziffer 7 des Statuts.

Der Hauptvorstand

Die Erholung der deutschen Wirtschaft lag auch im Interesse der Siegerstaaten. Denn nur eine kräftige deutsche Wirtschaft konnte die jährlichen Reparationslasten aufbringen. Darum haben die Siegerstaaten sich bisher niemals darüber beklagt, daß Deutschland Anleihen im Auslande aufnahm, obwohl ihre Vertreter bis zum Ablauf des Dawes-Planes (März 1930) im Verwaltungsrat der Reichsbank, also der Kreditzentrale Deutschlands, Sitz und Stimme hatten. Und mehr: bei der Annahme des Dawes-Planes erhielt Deutschland von den fremden Regierungen selbst eine Anleihe von 800 Millionen Reichsmark, bei der Annahme des Young-Planes eine weitere Anleihe von 400 Millionen Reichsmark. Um so weniger sollte man also Deutschland jetzt die Aufnahme von Auslandsanleihen vorwerfen.

nanziert werden. ... In ihrer finanziellen Auswirkung unterscheiden sich die Sachlieferungen tatsächlich nicht von Barzahlungen. ... Anleiheoperationen können die Sachlage zwar verschleiern oder ihre praktischen Auswirkungen zeitlich hinausschieben, vermögen sie aber nicht zu ändern.“

Auf welche Weise hat nun Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt? Durch Ueberschüsse seines Außenhandels oder durch Auslandsanleihen? Diese Frage beantwortet eindeutig die Zahlungsbilanz. Für die Jahre bis 1924 ist eine Aufstellung wegen der Inflation freilich nicht möglich. So bleiben nur die letzten sieben Jahre, die sich ungefähr mit der Geltungsdauer von Dawes- und Young-Plan decken. Der Uebersichtlichkeit halber rechne ich die Aktiv- und

Zeitpunkt zur endgültigen Liquidation der Reparationszahlungen gekommen.

Deutschland hat sich, wie wir gesehen haben, die Devisen zur Zahlung der Reparationen nicht auf dem Wege beschaffen können, den bereits der Dawes-Plan als den einzig richtigen bezeichnete: nämlich durch die Überschüsse seiner Handelsbilanz. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen müssen, daß der Saldo seines Außenhandels im Durchschnitt von sieben Jahren passiv gewesen ist. Die Reparationsdevisen sind nur auf eine Weise erworben worden, die der Dawes-Plan als Verschönerung gebildet hat: nämlich auf dem Wege der Auslandsanleihen.

Deutschland muß aber auch darauf hinweisen, daß die Voraussetzungen des Young-Planes nicht erfüllt sind. Der Young-Plan war auf der Erwartung aufgebaut, daß die Weltwirtschaft aufblühen und damit Deutschlands Belastung von Jahr zu Jahr erleichtert werde. Diese Hoffnung ist kläglich zusammengebrochen und wird sich nach mensch-

lichem Ermessen auch in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Der Young-Plan beruhte insbesondere auf der Voraussetzung, daß Deutschland durch eine Vergrößerung seiner Ausfuhr die notwendigen Devisen zur Durchführung der Reparationszahlungen erwerben könne. Das Gegenteil ist eingetreten. Durch gewollte oder ungewollte Währungsverschlechterungen, durch Devisenbewirtschaftung, durch erhebliche Zollerhöhungen, durch Einfuhrbeschränkungen und Verbote aller Art haben die unmittelbaren und mittelbaren Reparationsgläubiger Deutschlands Ausfuhrmöglichkeiten aufs empfindlichste eingeschränkt. Alle diese Tatsachen stehen in schroffem Widerspruch zu dem Sinn des Vertrages. Deutschland hat seine Verpflichtungen erfüllt. Die deutsche Arbeiterschaft erwartet, daß die Siegerstaaten das gleiche tun werden. Die Welt leidet unter der Fortsetzung des Weltkrieges mit wirtschaftlichen Waffen. Das Elend ist entsetzlich groß. Geht der Welt endlich den wahren Frieden.

Falle braucht sich auch der einzelne Arbeitswillige nicht darum zu kümmern, wie lange er noch Ansprüche an die Reichsanstalt stellen kann, denn die Reichsanstalt zahlt bis zu 20 Wochen, auch wenn der Anspruch schon kurz nach Eintritt in den AD. erloschen wäre. Es muß also betont werden: in diesen Fällen wird die Unterstützung nur dann gezahlt, wenn der Erwerbslose Arbeitswilliger wird. Er ist also vor die Frage gestellt, nichts mehr zu bekommen, oder zum „freiwilligen“ Arbeitsdienst zu gehen. Auch das „Berliner Tageblatt“ (vom 6. Dezember) stellt bei seiner Besprechung des Berichts die berechtigte Frage: „Wird er unter solchem Druck wirklich ein Arbeits-Freiwilliger?“

Etwas Ähnliches ist es bei den jugendlichen Erwerbslosen. Falls diese sonst keine Unterstützung erhalten, bekommen sie Unterstützung aus besonderen Reichsmitteln, wenn sie Arbeits-Freiwillige werden.

Der höchste Pauschalbetrag, der bisher für eine Maßnahme des AD. gezahlt wurde, betrug 150.000 RM. Das ist jedoch alles, was über die Finanzierungsfrage in dem Bericht des Dr. Syrup zu finden ist. Leider wird nicht mitgeteilt, wie hoch der Gesamtbetrag ist, den die Reichsanstalt bisher für den AD. zur Verfügung gestellt hat und wieviel vor allem für solche Erwerbslose gezahlt wurde, die ohne den freiwilligen Arbeitsdienst nichts bekommen hätten. Hier tut Aufklärung noch not.

Zusammenfassend ist also zu sagen: rund zweihundert Maßnahmen des AD. sind bis heute durchgeführt, eine „große Zahl“ weiterer in Vorbereitung. Die Ergebnisse seien „zufriedenstellend“, die Arbeitsleistungen werden als „rechtbefriedigend“ geschildert. Danach werden wir also mit einer weiteren freundlichen Förderung des AD. seitens der Reichsanstalt zu rechnen haben. Die Gewerkschaften werden nach wie vor ein wachsames Augenmerk auf diese Dinge zu richten haben, damit hier nicht über die „guten Ergebnisse“ des freiwilligen AD. der Boden vorbereitet wird für die Arbeitsdienstpflicht.

Kurt Hirohe.

Zahlen des Elends / Notruf der Baugenossenschaften

Die stets gut informierte Dewog-Zeitschrift „Wohnungs-Wirtschaft“ veröffentlicht in ihrer Nr. 1/2/1932 das Ergebnis einer Umfrage, die von einer der freien Gewerkschaften nahegelegenen Baugenossenschaft bei ihren Mitgliedern zur Ermittlung der Einkommensverhältnisse durchgeführt wurde.

Diese Zahlen sprechen eine so furchtbare Sprache, daß sie den Stellen, die da glauben, die Verelendung der Arbeiterschaft immer noch weiter treiben zu können, nachdrücklich unter die Nase gehalten werden müssen. Wir geben die wichtigsten Ziffern der Umfrage hier wieder.

Von den Mitgliedern der Genossenschaft sind 50 v. H. Vollbeschäftigte und Kurzarbeiter, 14 v. H. Rentenempfänger, 13 v. H. Arbeitslose und Unterstützungsempfänger, 23 v. H. ohne Einkommen bzw. Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.

Wie sieht das Familieneinkommen dieser „Vollbeschäftigten“ und „...empfänger“ aus? Auf 24,4 v. H. der Genossenschaftler kommen 0-50 RM. mtl. (!)

„ 16,4 v. H. der Genossenschaftler kommen 51-75 RM. mtl.

„ 12,2 v. H. der Genossenschaftler kommen 76-100 RM. mtl.

„ 32,0 v. H. der Genossenschaftler kommen 101-150 RM. mtl.

„ 16,0 v. H. der Genossenschaftler kommen 151-200 RM. mtl.

„ 4,5 v. H. der Genossenschaftler kommen 201-300 RM. mtl.

„ 4,5 v. H. der Genossenschaftler kommen über 300 RM. mtl.

Gegenüber diesen Elendsziffern sind alle Anstrengungen der gemeinnützigen Bauvereinigungen, die Mieten auf ein erträgliches Maß zu senken, zum Scheitern verurteilt. Die Monatsmieten betragen bei der in Rede stehen-

den Baugenossenschaft zwischen 20 und 55 RM. Vom Familieneinkommen (einschließlich Rente und Unterstützung) müssen allein für Miete ausgegeben werden:

bei 12,2 v. H. der Mitglieder 20 v. H.
„ 29,8 v. H. „ 21-30 v. H.
„ 15,2 v. H. „ 31-40 v. H.
„ 7,5 v. H. „ 41-50 v. H.
„ 11,5 v. H. „ 51-75 v. H.
„ 7,5 v. H. „ 76-100 v. H.

Rund 16,0 v. H. der Mitglieder können alles in allem nicht soviel zusammenkratzen, um den Mietbetrag aufzubringen. Wovon leben diese Menschen, wovon kleiden sie sich?

Beim Städtischen Wohnungsamt der Ortschaft sind zur Zeit 394 Wohnungssuchende vorgemerkt. Davon sind 145 ohne eigene Wohnung, 90 in gekündigter Wohnung, 48 in unzureichender, gesundheitsschädigender Wohnung. Diesem Wohnungseld gesellt sich die massenhafte Abwanderung aus den Neubauwohnungen hinzu. 171 Neubaumieter bewerben sich um Wohnungsaustausch. Man muß in die Slums zurück, um noch ein paar Mark für die Sättigung des Magens zu retten. Die Verordnung der Reichsregierung zur Durchführung der Mietensenkung hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Ganze 6,54 v. H. beträgt die Mietsenkung für die beherrschende Baugenossenschaft. Wird der Beschluß des Preußischen Landtages vom 18. Dezember zum Schutz des Nonhausbesitzes Hilfe bringen? Wenn nicht, müssen die gesündesten, Wohnungsunternehmen in kurzer Zeit zusammenbrechen. Die opfervolle Selbsthilfearbeit von Jahrzehnten wird nutzlos veran sein. Auf schnellstem Wege muß dem Ersuchen des Preußischen Landtags an die Staatsregierung um Gewährung von Mietbeihilfen aus der Hauszinssteuer für die sozial bedrängten Inhaber von Neubauwohnungen Geltung verschafft werden.

Praxis des freiwilligen Arbeitsdienstes

Um Art und Wirksamkeit des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ beurteilen zu können, muß man Genaueres über seine bisherige Ausführung wissen. Wohlgerichtet: das ist weniger notwendig für die grundsätzliche und die politische Haltung dazu, über die von den Gewerkschaften kein Zweifel gelassen worden ist; aber es ist notwendig, für die Stellungnahme zur Praxis des AD. und für die taktischen Entscheidungen (Einrichtung oder Nichteinrichtung eigener freigewerkschaftlicher Arbeitsgruppen, Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern an solchen usw.). Läßt sich in dieser Hinsicht auch jetzt noch kein abschließendes Urteil fällen, so ist es doch angebracht zu wissen, was bis jetzt, d. h. bis zum Beginn des Winters, geleistet worden ist.

Darum ist es zu begrüßen, daß ein Bericht, den der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, in der „Sozialen Praxis“ (vom 3. Dezember) gibt es ermöglicht, die Erfahrungen zu überschauen, die bisher mit dem AD. gemacht worden sind. Wir geben aus dem Bericht das Folgende wieder:

1. Bis zum 15. November sind bei den Landesratsämtern 197 Maßnahmen des AD. gemeldet worden. Eine große Zahl weiterer Maßnahmen sei in Vorbereitung. Syrup betont, daß diese Arbeiten sonst nicht ausgeführt bzw. nicht in diesem Umfang zustande gekommen wären, wenn der AD. sich ihrer nicht angenommen hätte. Es ist verständlich, daß Syrup als einer der ersten Befürworter des AD. Wert auf diesen Punkt legt. Andererseits ist doch zu fragen, ob seine Behauptung unbegrenzt zutrifft, was wir nicht so ohne weiteres unterstellen können. Exakt „beweisen“ lassen wird es sich wohl kaum.

Die 197 Maßnahmen werden von Syrup in zwei Gruppen geteilt, in 120, die in ihren Ergebnissen unmittelbare sozialwirtschaftliche Werte geschaffen hätten, während der Rest der Volksgesundheit und der körperlichen Ertüchtigung der Jugend gedient habe. In der ersten Gruppe befinden sich 46 Bodenverbesserungsarbeiten, 27 Wegebauten, 15 wasserwirtschaftliche Maßnahmen, 9 Aufforstungen und Rodungen, 22 ländliche Siedlungen. Die Arbeiten für die Volksgesundheit bestehen hauptsächlich in der Anlage von Sport- und Spielplätzen (15), Bade- und Schwimmrichtungen (8), Jugendherbergen und -heimen (11). Mit Recht wird aber betont, daß diese Zahlen nur statistischen Wert haben und Schlüsse auf die Entwicklungsrichtung des AD.

daraus nicht gezogen werden können. Ebenso läßt sich daraus schwer auf den politischen Wiederhall bei den Beteiligten schließen.

2. Was die Träger der Arbeit angeht, so muß nochmals daran erinnert werden, daß grundsätzlich jede Vereinigung „Träger“ sein kann, die „Gruppen von Arbeitswilligen“ zusammenfaßt. Zu einem Viertel sind bisher die Träger gewesen der Staat, die Provinz, der Landkreis, die Stadt- oder Landgemeinde. Daneben haben sich in überraschend beachtlichem Umfang Kirchenverbände zu Trägern der Arbeiten gemacht. Nächste ihnen folgen gemeinnützige Verbände und Genossenschaften aller Art, Sportvereine — die sich Sportplätze mit Hilfe des AD. bauen — usw. Was die politischen Verbände angeht, so hat der Stahlhelm bisher 7, der Jungdeutsche Orden 5 Arbeiten, das Reichsbanner und die Nationalsozialisten je eine Arbeit durchgeführt! Angesichts dieser Zahlen erweist es sich, daß auch in Zukunft vollste Aufmerksamkeit besonders derartigen politischen Arbeitsgruppen geschenkt werden muß, um zu verhindern, daß hier republikfeindliche Zellen gezüchtet werden. Auch die Gewerkschaften sind, obwohl grundsätzlich Gegner einer Arbeitsdienstpflicht, „Träger der Arbeit“. Es geht aber — im Bericht nicht klar hervor, ob und wo sie — aus taktischen praktischen Gründen — eine Arbeit durchgeführt haben. Was die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen angeht, so stellt der Bericht fest, daß deren Kern die erwerbslosen Mitglieder der Arbeit „tragenden“ Gruppen bilden und zu denen aber auch ausstehende Arbeitslose gestoßen wären.

3. Die Arbeit der Arbeitslosen freiwillig zu machen hinsichtlich der Aufnahme wie der Durchführung. Wirklich gänzlich freiwillig? Die Frage kann nur beantwortet werden, wenn man die Finanzierung der Arbeiten betrachtet. Sie hat sich im wesentlichen auf den Unterstützungssätzen auf, welche die Reichsanstalt für die Empfänger der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung weiter zahlt. Für die Zahlung dieser Unterstützung ist nach Dr. Syrup überwiegend das System der Pauschalsumme durchgeführt worden, d. h. es bekommt nicht jeder Erwerbslose individuell seine Unterstützung weiter, sondern für die ganze Gruppe der Arbeitsfreiwilligen wird ein Pauschalsatz gezahlt und zwar an die Träger der Arbeit. Diese können also damit rechnen, daß sie bei einer geplanten Arbeit von z. B. 20 wöchiger Dauer und bei 50 Mann insgesamt 12.000 RM von der Reichsanstalt erhalten. In diesem

das Leben der Arbeiter in Italien

Das Leben der Arbeiter in Italien

Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse hat die Arbeiterschaft in jedem Lande eine Verschlechterung des Lebensstandards zu beklagen. Hier und da konnte sie durch starke Gewerkschaften gemildert werden. Am schlimmsten scheint aber die Lage der Arbeiterschaft in den Ländern zu sein, wo die Diktatur herrscht. Ueber die Lage der Arbeiter im faschistischen Italien werden von der Regierung günstige Meldungen verbreitet. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Korrespondent des Berliner Tageblatts, Günther Stein, befindet sich auf einer Europareise. Sein Bericht von Italien läßt folgendes erkennen: Der durchschnittliche Stundenlohn italienischer Industriearbeiter beträgt 1 Lire und 91 Centesimi = 41 Pfennig je Stunde. Da die Arbeiter infolge Kurzarbeit im Durchschnitt nur 178 Stunden arbeiten, verdienen sie 73 RM im Monat. Die Verhältnisse in Italien sind keineswegs billig. Für Mailand; die größte Industriestadt Italiens, hat der Korrespondent des B. T. folgende Preise für 1 kg festgestellt:

Weizenbrot	0,37 M	Zucker	1,36 M
Weizenmehl	0,42 M	Ziegenkäse	2,92 M
Bruchreis	0,27 M	Butter	2,62 M
Teigwaren	0,52 M	Olivenöl (1 l)	1,50 M
Kartoffeln	0,18 M	Kaffee	6,40 M
Rindfleisch	1,76 M	Milch (1 l)	0,26 M
Schweinefleisch	2,50 M	Eier (1 Dutz.)	1,52 M
Wurst	8,55 M		

Diese Preise sind vielfach höher wie in anderen europäischen Ländern. Für eine Arbeiterwohnung muß im Durchschnitt je Raum (1) eine Miete in Mailand in Höhe von 563 Lire je Jahr (10,30 RM je Monat); in Rom 1125 Lire je Jahr (20,70 RM je Monat); im Durchschnitt des gesamten Königreichs 426 Lire je Jahr (8 RM je Monat) gezahlt werden. Diese wahnsinnig hohen Preise sind für teilweise miserable Löcher zu zahlen. Zu den Untersuchungen bemerkt der betreffende Artikel-schreiber: „Der Faschismus hat das Problem der Kleinhandelspreise nicht ein Atom wirksamer behandelt als die deutsche oder irgend eine andere Wirtschaftspolitik, trotzdem er seit fast zehn Jahren die radikalsten Mittel und Druckmittel besitzt, die ein Wirtschaftspolitiker sich nur wünschen kann.“ Das Los der Arbeiter im faschistischen Paradies ist keineswegs beneidenswert. Nun haben wir oben eine bevorzugte Schicht, beschäftigte Industriearbeiter, angeführt. Die Landarbeiter und die Frauen stehen sich noch viel schlechter. Von den Arbeitslosen erhält ein Drittel Unterstützung und zwar 27 bis 82 Pfennig je Tag. Die Mehrzahl der Arbeitslosen bekommt überhaupt keine Unterstützung. Jeder kann aus den Wahrnehmungen eines objektiven Beobachters die Lehre ziehen, daß weder die bolschewistische noch die faschistische Diktatur den Arbeitern goldene Zeiten zu bescheren vermag. Es würde schon genügen, wenn in diesen Ländern die Verhältnisse nicht wesentlich schlechter lägen als anderswo.

Sturmangriff der Nazis auf die Betriebe

Das Berliner Organ der Nationalsozialisten hat großsprecherisch verkündet, daß sich nach dem Fall des innerpolitischen Burgfriedens die Schleusen der Agitation erneut öffnen. Als nächstes und Hauptziel sei die Eroberung der Betriebe, als den Hochburgen des Marxismus in Aussicht genommen. Man muß also damit rechnen, daß die Nazis ihre Prophezelung wahr machen und Millionen Flugblätter über die Belegschaften der Großbetriebe herniedergehen lassen. Sie werden hier auf Granit stoßen; wenn auch nicht gelegentlich werden kann, daß sie in dieser furchtbaren Zeit, hier und da Wirrungen anrichten können. Immerhin steht in den Betrieben die Avantgarde der modernen Arbeiterbewegung. Hier herrscht der seit Jahrzehnten geschulte, intelligente Gewerkschaftsfunktionär. Die Schule der Organisation, diese vorzügliche Lehranstalt, die in wenigen Jahrzehnten aus dem stumpfsinnigen Arbeitstier den klassenbewußten, wissenschaftlichen und freiheitlich fühlenden deutschen Arbeiter gemacht hat, hat hier einen Menschentyp gezüchtet, der das stärkste Bollwerk eines sozialistischen Staatswesens bildet. Seit einer Reihe von Jahren versuchen die Kommunisten neben anderen Schädlingen in diese Hochburgen der Gewerkschaftsbewegung einzudringen. Trotz der schmutzigsten Agitationsmittel waren die Erfolge nicht sehr erhehnd. Bei den Betriebsräte-wahlen des Jahres 1931 erhielten die freien Gewerkschaften von 100 Arbeiterratsmitgliedern 83,6; die christlichen Gewerkschaften 7,9; die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 1,1; die Kommunisten (RGO.) 3,4; die Nazis 0,5; und sonstige, insbesondere Nichtorganisierte 3,5. Die freien Gewerkschaften haben also ihre überragende Stellung zu halten gewußt. Kommunisten und Nazis hatten ihre größten Erfolge in einigen Großindustrien, namentlich im Ruhrbergbau und in der chemischen Industrie. Sogar in der Metallindustrie bilden die Kommunisten nur eine kleine Minderheit, und in der Textilindustrie sind sie ganz unbedeutend. Die Erfolge der Nazis waren ganz belanglos. Der „Deutsche Volkswirt“, der sich mit den Betriebsräte-wahlen in Nr. 15 beschäftigt, schreibt hierzu folgendes:

„In den weitaus meisten Betrieben, besonders den mittleren und kleineren, gilt eben doch der sozialdemokratische Vertrauensmann der freigewerkschaftlichen Organisation als Sachverwalter der eigenen Interessen der Arbeiter, wenn er mit dem kommunistischen Agitator in Konkurrenz steht. Das läßt darauf schließen, daß doch auch die kommunistische Welle in der heutigen Höhe vor allem stimmungsbedingt ist: Bei politischer Wahlen glaubt man vielfach, der Stimmungen freien Lauf lassen zu dürfen, während die Belegschaftsinteressen des einzelnen Betriebes dem Arbeiter näher liegen und er das Gefühl hat, sich eine andere als eine schliche Einstellung nicht leisten zu können. Wie wenig die Nationalsozialisten in der Arbeiterschaft eingedrungen sind, daran lassen die Zahlen nicht den geringsten Zweifel.“

So urteilt ein bürgerliches Blatt über die Bedeutung des Gewerkschaftsfunktionärs im Betriebe. Die Aussichten des mit Unternehmergeid finanzierten Sturms der Nazis auf die Betriebe, können bereits im voraus erkannt werden. Trotzdem muß den Agitationsmethoden der nationalsozialistischen Sendlinge die größte Beachtung geschenkt werden. Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung ist schon jetzt groß genug, und ein Verbrechen wäre es, sie noch weiter zu vermehren. Die braun-gelben Unternehmersöldlinge haben in den Betrieben nichts zu suchen. Hier muß auch in Zukunft der kühl abwägende Gewerkschaftsfunktionär seine Herrschaft ausüben.

Preise und Lebenshaltungskosten

Ein Vergleich der Preise und der Lebenshaltungskosten der verschiedenen Länder ist immer lehrreich. Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht jetzt die Lebenshaltungskosten wichtiger Länder. Die Ziffern über einige bringen wir in nachstehender Zusammenstellung:

	Ernährung		Lebenshaltung	
	Juli 30	Okt. 31	Juli 30	Okt. 31
Deutschland	146	123	149	133
Frankreich	123	116	121	115
Großbritannien	144	97	157	120
Italien	141	116	136	117
Oesterreich	119	111	112	108
Tschechoslowak.	—	—	—	—

Hieraus ergibt sich, daß die Lebenshaltungskosten in Deutschland am höchsten sind. Auch die Ausgaben für Ernährung haben den höchsten Stand in Deutschland. Ueber Deutschland liegt die Schweiz und einige skandinavische Länder. Alle übrigen Staaten haben niedrigere Lebenshaltungskosten. Für den Monat Oktober war die Auswirkung der Währungs-krise auf die Preisgestaltung der betreffenden Länder noch wenig wirksam. Die obigen Zahlen sind infolge der verschiedenen Berechnungsmethoden nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar. Aber aus der Gegenüberstellung der Ziffern vom Juli 1930 bis Oktober 1931 läßt sich immerhin die Preisentwicklung in den einzelnen Ländern gut verfolgen.

Die braven Kumpels

Im oberschlesischen Steinkohlenrevier waren 14 Bergleute verschüttet worden. Sieben von ihnen konnten lebend geborgen werden. Mit einem wahren Heldenmut haben sich die verschütteten 6 Tage hindurch aufrecht zu erhalten versucht. Als ein Mann von großer Geistesgegenwart hat sich der Rohrleger Schlamka aus Beuthen gezeigt. Er war es, der die Verzweiflung nahen Kameraden immer wieder Mut zusprechen verstand. Der angestrengten Arbeit der Rettungsmannschaft gelang es endlich, nach 144 Stunden zu den eingeschlossenen vorzudringen. Ein Bravo diesen Helden der Arbeit! Der Reichspräsident u. a. prominente Persönlichkeiten haben den Geretteten herzliche Glückwünsche ausgesprochen. Die preußische Staatsregierung hat jedem 200 RM gestiftet. Wir würden es begrüßen, wenn auch die Retter nicht nur durch eine Rettungsmedaille, sondern auch durch ein Geldgeschenk für ihre schwere Mühe entlohnt werden. Es zeigt sich immer wieder, daß im Bergbau wahre Kameradschaft kein leeres Wort ist. Nur schwer arbeitende Menschen sind von solcher Aufopferung für ihre Kameraden fähig.



Allgemeinverbindlichkeits- erklärung

Der Reichsarbeitsminister.
III Nr. 75/35 Tar.
Berlin NW 40, den 5. Jan. 1932
Scharnhorststr. 35.

Betr. Allgemeinverbindlicherklärung von Nachträgen zum Manteltarifverträge vom 21. Februar 1931 für gewerbliche Arbeiter in der Thüringischen Glasinstrumenten- und Thermometer-Industrie und allen anderen glasveredelnden Industrien mit Ausnahme der Glashütten- und Isolierflaschen-Industrie und der Facettenschleifereien, im Freistaat Thüringen, einschl. der eingeschlossenen preußischen Gebietsteile, gemäß der vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen usw. vom 8. Dezember 1931, 6. Teil Kapitel I, § 5 (RGBl. I, S. 699 ff).

Entscheidung.
Die Nachträge (Lohntarifvertrag für die Glasinstrumenten- und Thermometer-Industrie und Lohntarifvertrag für die Glühlampen-Industrie) vom 19. Dezember 1931 (schriftliche Festlegung der Tarifvertragsparteien gemäß § 3, Absatz 1 der Verordnung vom 8. Dezember 1931) zum allgemeinverbindlichen Manteltarifverträge vom 21. Februar 1931 (vgl. Reichsarbeitsblatt 1931, Nr. 13) werden an Stelle der allgemeinverbindlichen Lohntarifverträge vom 21. Februar 1931 und 10. März 1931 für den gleichen beruflichen und räumlichen Geltungsbereich für allgemeinverbindlich erklärt.

Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt am 1. Januar 1932, sie endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrage.
Die allgemeine Verbindlichkeit der bisherigen Lohntarifvertragsbestimmungen hat mit dem 31. Dezember 1931 geendet.
Eingetragen am 8. Januar 1932 auf Blatt 8328 Rd. Nr. 5 des Tarifregisters.
Der Registerführer: gez. Pfeiffer.
(Stempel) Reichsarbeitsministerium.
Im Auftrag: gez. Dr. Kalkbrenner.
Beglaubigt: (Unterschrift unleserlich).
Ministerial-Kanzleioberssekretär.

Farbenglas-Lohntarif – Allgemein- verbindlich

Abschrift.
Der Reichsarbeitsminister.
III Nr. 1152/147. Tar.
Berlin NW 40, den 7. Jan. 1932.

Betr. Allgemeinverbindlicherklärung eines Nachtrages zum Lohntarifverträge ab 1. April 1931 für gewerbliche Fach- und Fachhilfsarbeiter in der Farbenglasindustrie (geblasenes Tafelglas) im Gebiet des Deutschen Reichs gemäß der vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen usw. vom 8. Dezember 1931, 6. Teil, Kapitel I, § 5 (RGBl. I, S. 699 ff).



Akkordarbeit und Notverordnung

Der von der Regierung diktierte Lohnabbau ist der Notverordnung entsprechend in allen Industrien durchgeführt worden. Die Mitglieder haben die ab 1. Januar 1932 geltenden Lohnsätze für die feinkeramische Industrie in Händen. Eine andere Auswirkung der Notverordnung besteht darin, daß auch die Akkordsätze eine entsprechende Kürzung erfahren haben. Von einigen Zahlstellen aus werden Klagen erhoben, daß durch die zehnprozentige Senkung der Stückpreise und Kolonnenakkorde der am 10. Januar 1927 bestandene Satz unterschritten und die Akkordbasis als Mindestverdienstmöglichkeit nicht mehr erreicht wird. Wo das der Fall sein sollte, muß der Akkordsatz unbedingt einer Nachprüfung unterzogen und neu vereinbart werden. Die Feststellung, ob die einzelnen Akkordsätze stimmen, darf nicht am Schlusse einer Lohnrechnung, sei sie nun 8 oder 11 Tage, vorgenommen werden, nein, jeder einzelne Stückpreis muß daraufhin geprüft werden, ob auf Grund der Durchschnittsleistung der Sparte mit ihm die Akkordbasis mindestens erreicht wird. Ist das nicht der Fall, dann ist eine Neukalkulation, also Aufbesserung des betreffenden Stückpreises notwendig.
Nun ist die Frage, wie konnte es möglich sein, daß Akkordarbeiter jetzt mit Stückpreisen arbeiten müssen, die nicht einmal die Basis zu erreichen. Die Ursache ist zu suchen in dem Umstand daß die Tariflöhne und Effektivverdienste seit 1927 verchieden beaufschlagt worden sind. Die Tariflöhne haben 1927 einen Aufschlag von 12 Prozent, 1928 von 10 Prozent und 1929 von reichlich 4 Prozent erhalten. Die Effektivverdienste wurden in der gleichen Zeit einmal um 6 Prozent und einmal um 5 Prozent beaufschlagt. 1931 ist der Tariflohn und der Effektivverdienst im Januar um 6 Prozent und im Okto-

ber um 4 Prozent gekürzt worden. Oberflächlich gesehen, sind also von den Stückpreisen die seit 1927 gewährten effektiven Zuschläge wieder beseitigt worden.
Eigentlich müßten nun die im Januar 1927 vorhandenen Akkordsätze wieder hergestellt sein. Das ist aber aus zwei Gründen ein Trugschluß. Einmal besonders darum, weil fast in allen Betrieben im Laufe der Jahre 1930/31 durch die Betriebsleitungen an den Akkorden herumgezerrt worden ist und niedriger Akkordsätze eingeführt worden sind. Unserer Kollegen haben dieses Vorgehen der Unternehmer nicht ruhig hingenommen, sondern sich energisch dagegen gewehrt. Die Unternehmer hatten allerdings die Ungunst der Verhältnisse für sich und haben je nach dem Beschäftigungsgrad der am Orte herrschenden Arbeitlosigkeit und der organisatorischen Kraft der Belegschaft größere oder geringere Erfolge bei ihrem Vorgehen gehabt. In vielen Fällen tragen die Kollegen selbst durch ihre Willkür ein gerüttelt Maß Schuld daran, daß die Unternehmer ein so leichtes Spiel hatten. Nun werden von den solcher Art herabgesetzten Stückpreisen noch die 10 Prozent der Notverordnung abgezogen und der Akkordsatz sinkt auf diese Weise unter den vom Januar 1927.
Der zweite Fall. Trotz der gewordenen Aufklärung in Versammlungen, Besprechungen und Rundschreiben haben sich einige Belegschaften damit abgefunden, daß die Akkordsätze nur mit dem Effektivzuschlag bedeckt wurden, obwohl die damalige Verdienstmöglichkeit der Akkordarbeiter auf der Basis oder ganz knapp darüber lag. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß dann, wenn der Zuschlag auf den Tariflohn 12 Prozent und der Effektivzuschlag 6 Prozent, also die Hälfte war, der neue Stückpreis nicht stimmen konnte, wenn

ständiger Gesundheit und Freude über den weiteren Aufstieg des internationalen Sozialismus in der Arbeiterklasse der Welt gönneben möge!
Karol Viktora.

Jugend- und Arbeiterinnenschutz- fragen in der Glasindustrie

Die Geltungsdauer der Verordnung über die Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren und von Arbeiterinnen in der Glasindustrie läuft gemäß § 7 dieser Verordnung am 31. März 1932 ab.
Die an dieser Verordnung interessierten Wirtschaftsvereinigungen sind mit Schreiben vom 9. November 1931 vom Reichsarbeitsministerium aufgefordert worden, eine entsprechende Erklärung abzugeben, ob das Gesetz unverändert verlängert werden kann oder ob Abänderungen sich als notwendig erweisen.
Wir haben uns gegen das Ausnahmerecht, das der deutschen Glasindustrie abweichend von gesetzlichen Regelungen in anderen Staaten mit der Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren bei Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit gewährt und verlangt, daß der § 3 der gesetzlichen Verfügung vom 26. März 1930, Ziffer 1 und 2, gestrichen werden. Gegen den Wegfall der Ausnahmbestimmungen für die Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Arbeitnehmern der Glasindustrie insgesamt konnten wir uns im Augenblick nicht aussprechen, da das Gesetz auch eine Anzahl wichtiger Beschäftigungsverbote bzw. Beschränkungen für jugendliche und weibliche Arbeitnehmer bei bestimmten Arbeiten in der Glasindustrie enthält. Wir haben vom Reichsarbeitsministerium verlangt, daß in Zukunft Jugendliche mit Nacht- und Sonntagsarbeit überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. In unserer Begründung haben wir nicht nur auf gesetzliche Regelungen im Ausland Bezug genommen, sondern darauf hingewiesen, daß aus arbeitsmarktpolitischen Gründen eine Änderung der bisherigen Bestimmungen bezüglich Zulassung von Jugendlichen zur Nacht- und Sonntagsarbeit zum volkswirtschaftlichen Erfordernis geworden ist.
Die Mechanisierung und Rationalisierung ist in der deutschen Glasindustrie inzwischen fast zum Höchststand gelangt, und werden jugendliche Arbeitskräfte zur Ausbildung zum Facharbeiter nur noch hauptsächlich in den Wirtschaftszweigen der Glasindustrie herangebildet, in denen kontinuierliche Arbeit nicht vorhanden ist, und somit auch Sonn- und Feiertagsarbeit ausgeschlossen. (Weißbrotglasindustrie.)
Wir haben für die einzelnen Industriezweige an Hand statistischer Material nachgewiesen, daß die Zahl der Jugendlichen, die zur Beschäftigung von Nacht- und Sonntagsarbeit nach dem Gesetz vom 26. März 1930 herangezogen werden können, sehr gering ist, und ein Auswechseln dieser Arbeitskräfte oder auch eine Verschiebung der Schichtarbeit für Jugendliche eintreten kann. Besonders finanzielle Belastungen können durch den von uns beantragten Wegfall des § 3 nicht eintreten da solche Arbeiten bei den jetzt vorzufindenden arbeitsmarktpolitischen Verhältnissen auch von älteren Arbeitern ausgeführt werden können.

Tschechoslowakei

Infolge der Erhöhung der englischen Zölle hat sich die Lage der nordböhmischen Glasfabriken, vor allem im Export, abermals stark verschlechtert, so daß zahlreiche Betriebe gezwungen worden sind, neue einschneidende Betriebsbeschränkungen vorzunehmen. Im Topfitzer Bezirk sind kürzlich stillgelegt worden die Josef Rindskopf Söhne, Hrdina, C. Slanina & Co., Gebrüder Palme-König. Ferner stellte die Firma Franz Tomschick in Kosten den Betrieb ein, wodurch ungefähr 350 Arbeiter zur Entlassung kamen. Die Glasraffinerien Jawald, die bis vor kurzem voll gearbeitet hatten, mußten inzwischen infolge der Schwierigkeiten im Englandexport ihre bisherige Kapazität auf ein Drittel einschränken. Lediglich in dem Zlichower Werk wird noch voll gearbeitet, während in allen übrigen Betrieben der Gesellschaft gleichfalls zu Einschränkungen geschritten werden mußte.

Frankreich

Der französische Handelsminister Rollin hat eine Delegation der Glasindustriellen Frankreichs empfangen, die über die beunruhigende Lage der französischen Glasindustrie berichteten. Namentlich die englischen Zollerhöhungen haben die Glasfabriken schwer getroffen. 41 Werke haben im Laufe des vergangenen Jahres ihre Ofen lösen müssen, und von den 58000 Arbeitern, die in dieser Industrie tätig sind, ist bereits ein großer Teil auf Kurzarbeit gestellt. Die französischen Glasindustriellen wollen bekanntlich mit den Vertretern der belgischen, tschechischen, österreichischen und schweizerischen Glasindustrien über ein Marktabkommen nach dem Muster des deutsch-französisch-tschechischen Porzellanabkommens verhandeln. Eine neue Konferenz der Industrievertreter wird am 18. Januar in Paris stattfinden. Die deutschen Industrievertreter sind, wie bekannt, den Verhandlungen bisher ferngeblieben.

Aegypten

Die Bemühungen des von der ägyptischen Regierung berufenen belgischen Exporten Breaux über die Möglichkeiten einer Glasindustrie haben zu positiven Ergebnissen geführt. Seine Experimente haben ergeben, daß der ägyptische Sand für diesen Zweck brauchbar ist. Der Sachverständige bearbeitet zunächst das Projekt einer Anlage zur Fabrikation von Fensterglas. Mit dem Bau eines Werks für Glasgeschirr, Glasröhren usw. soll erst begonnen werden, wenn die Resultate des ersten Unternehmens feststehen.

Belgien

Entgegen der ursprünglichen Absicht, die gesamte Tafelglaserzeugung stillzulegen, hat nunmehr das Kartell beschlossen, seine Mitglieder anzuhalten, die Erzeugung auf die Hälfte zu beschränken. Betriebe, die nur einen einzigen Ofen besitzen, sollen eine Woche arbeiten und eine andere feiern, Werke, die zwei Ofen besitzen, sollen nur noch einen unter Feuer halten.

man sich in den obengenannten Fällen mit dem geringen Effektivzuschlag abfinden ließ. Lehler haben nun die betreffenden Kollegen, anstatt Neukalkulation des Preises zu fordern, durch verstärkte Schufferei, Pausenausnutzen und freiwillige Ueberarbeit den Ausgleich zu schaffen versucht und auch geschafft. Die Leidenszeit, welche die gesamte Arbeiterschaft und auch unsere Kollegen in zwischen durchmachen mußte, hat bewirkt, daß die schlechtgenährte, ausgemergelte Arbeiterschaft solche Kraftleistungen, oder besser gesagt, solchen Raubbau an der Arbeitskraft nicht mehr auszuhalten vermochte. Die Folge ist, zurückbleiben unter dem tariflichen Lohn und bittere Beschwerden der betroffenen Arbeiter.

Die Beschr. muß sich an die Betriebsleitungen richten und die energische Forderung nach Durchprüfung der Akkordsätze enthalten. In den §§ 20 bis 23 des RTV. ist sehr klar und zwingend festgelegt, welches Verfahren beim Festsetzen der Akkordsätze einzuhalten ist. Besondere Beachtung müssen die Bestimmungen des § 20 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 a-e dabei finden. Im Absatz 1 Satz 1 ist ausdrücklich gesagt, daß die Durchschnittsleistungen, nicht die Höchstleistungen, für die Bildung der Stückpreise in Frage kommen. Man darf sich auch nicht damit abfinden, wenn die Schlußrechnung ergibt, daß im Durchschnitt die Akkordbasis erreicht wurde. Ausdrücklich haben wir noch einmal hervor, daß mit jedem einzelnen Stückpreis die Akkordbasis von einem durchschnittsleistungsfähigen Arbeiter oder Arbeiterin erreicht werden muß. Die Kollegen müssen sich und dem Unternehmer immer vor Augen halten, daß die Basis nur die Grenze nach unten darstellt. Der Akkordarbeiter muß, dafür bringt er für den Unternehmer erhöhte Leistung bei größerer Verantwortung, eine entsprechende Verdienstmöglichkeit haben.

Auch in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes dürfen Rechte aus dem Tarifvertrag nicht leichtfertig preisgegeben werden. Die Unternehmer werden sich auch dort, wo sie wissen, daß die Belegschaften gut organisiert sind, hüten, Unbilliges von ihnen zu verlangen. Jeder organisierte Arbeiter hat ja auch Anspruch, durch die im Tarifvertrag vorgesehenen Instanzen zu seinem Recht zu gelangen.

Porzellan ist Hygiene!

Alljährlich im Spätherbst veranstaltet die Porzellanindustrie eine Reichswerbwoche, welche gewöhnlich unter obigem Motto steht. In letzter Zeit halten sich aber einige Fabrikanten nicht mehr an das Hygienische; insofern, da man bei Kaffeekannen und Sahnekännchen den hohlen Henkel innen im Gefäß offen läßt, anstatt die Öffnung abzudichten, wie es ein Teil von Fabriken heute noch tut. Beim Kauf solcher Stücke ist es also notwendig, darauf zu achten, daß nur Ware gekauft wird, die auch den gesundheitlichen Zweck erfüllen; denn es ist doch gewiß nicht sauber zu nennen, wenn in einer Kaffeekanne oder einem Milchkännchen sich Reste im Henkelloch verewigen können. Ein besonderes Genie von Hausfrau muß es sein, welche instande ist den Satz im Henkelloch zu entfernen, es sei denn, man zerschlägt die Kanne, um an dem Unrat heranzukommen. Die einwandfreie Kanne, bzw. das Sorvice darf auch im Verkaufpreis nicht erheblich teurer sein, da die Herstellungskosten im kompliziertesten Falle einen Pfennig pro Stück mehr betragen dürften. Man sollte es nicht für möglich halten, daß es Unternehmer gibt, die aus reiner Profitgier die hygienischen Vorzüge des Porzellans vernachlässigen. Ob man mit derartigen Dingen den Ruf der deutschen Qualitätsware hebt und den Export steigert, erscheint sehr zweifelhaft.

Kahla A.-G.

Die Porzellanfabrik Kahla in Kahla läßt verlauten, daß der Verlauf des Geschäftsjahres 1931 bei der Gesellschaft unbefriedigend war. Die Beschäftigung sei ungenügend gewesen, da infolge der außerordentlichen Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise der Umsatz in Geschirrporzellan hinter dem Vorjahresergebnis weit zurückgeblieben sei. Das Inlandgeschäft habe besonders unter der erschreckenden Zunahme der Arbeitslosigkeit gelitten, während das Auslandsgeschäft durch das ständige Anwachsen der ausländischen Porzellanindustrien und infolge der Zollerhöhungen, Devisenschwierigkeiten und dem starken Preisdruck ebenfalls mehr zu wünschen übrig gelassen habe. Auch der Absatz in Spezialporzellan habe weiter nachgelassen und könne Ausgleich schaffen können, zumal auch das ehemals gute Isolatoren-Geschäft unter den Sparmaßnahmen der Elektrizitätsindustrie zu leiden gehabt habe. Da die Abschlußarbeiten erst begonnen haben, könne ein Urteil über das voraussichtliche finanzielle Ergebnis noch nicht abgegeben werden; doch rechnet man in unterrichteten Kreisen mit der Wahrscheinlichkeit eines neuen Verlustes (i. V. 0,552 Mill. RM Verlustvortrag).

Die Porzellanfabrik Kahla A.-G. nahm eine Neuorganisation im Vertrieb der Elektroporzellan-Erzeugnisse ihres Konzerns vor und löste zu diesem Zweck die Hermsdorf-Schomburg-Isolatoren-Gesellschaft m. b. H., deren Sitz vor kurzer Zeit von Berlin nach Hermsdorf (Thür.) verlegt wurde, auf und gliederte sie als besondere Abteilung an die Muttergesellschaft an. Diese neue Abteilung wird unter der neuen Firma „Hermsdorf-Schomburg-Isolatoren-Gesellschaft, Zweigniederlassung der bakannten Porzellanfabrik Kahla“, den Vertrieb von Isolatoren und anderen Elektroporzellan-Erzeugnissen der Porzellanfabrik Kahla (Filiale Hermsdorf-Klosterlausitz), der Porzellanfabrik H. Schomburg & Söhne (Zweigniederlassung der Porzellanfabrik Kahla) in Margarethenhütte in Sachsen und der Tonwarenfabrik Schwandorf A.-G. (ebenfalls zum Kahla-Konzern gehörend) betreiben.

burg-Isolatoren-Gesellschaft, Zweigniederlassung der bakannten Porzellanfabrik Kahla“, den Vertrieb von Isolatoren und anderen Elektroporzellan-Erzeugnissen der Porzellanfabrik Kahla (Filiale Hermsdorf-Klosterlausitz), der Porzellanfabrik H. Schomburg & Söhne (Zweigniederlassung der Porzellanfabrik Kahla) in Margarethenhütte in Sachsen und der Tonwarenfabrik Schwandorf A.-G. (ebenfalls zum Kahla-Konzern gehörend) betreiben.

Bayreuth

Für die im Konkursverfahren bevorstehende Schlußverteilung der Bayreuther Porzellanfabrik Emil Schlegel A.-G., Bayreuth stehen 1098 RM zur Verfügung. Vorhanden sind 6776 Reichsmark Forderungen mit erstem, 7141 RM Forderungen mit zweitem, 10456 RM Forderungen mit drittem Vorrecht, sowie 76351 RM Forderungen ohne Vorrecht. Bei so hohen Forderungen können nicht viel Gläubiger bedacht werden.

Königszell

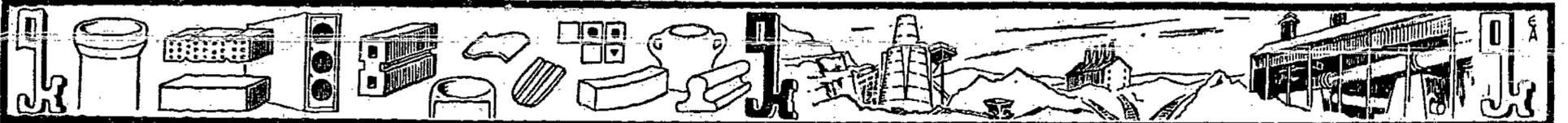
Der Porzellanfabrik Königszell in Königszell wurden nunmehr vom Aufsichtsrat die Abschlüsse für die beiden letzten Geschäftsjahre genehmigt. Sie ergaben folgendes Bild: Der Sanierungsgewinn stellt sich unter teilweiser Hinzurechnung der Reserven auf etwa 2,218 Mill. Reichsmark. Dieser Buch-Uberschuß hat sich in 1929/30 durch die Verluste aus den Vorjahren und durch Sonder-Abschreibungen und Rückstellungen auf 1,375 Mill. Reichsmark ermäßigt. Im Geschäftsjahr 1930/31 ist wiederum ein Verlust entstanden, durch den sich der Buch-Uberschuß auf

1,314 Mill. RM vermindert hat, und zwar nach Auflösung des aus 1929/30 übernommenen gesetzlichen Reservefondsrestes von 117460 RM (vorher 293484 RM). Die Beschäftigung des Unternehmens ist — in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse in der Porzellanindustrie — verhältnismäßig gut, aber ein erheblicher Teil unserer Kollegen-schaft liegt noch arbeitslos auf der Straße. Wir wünschen, daß der Geschäftsgang in Königszell bald besser würde.

Japan

Im bisherigen Verlaufe des Jahres 1931 haben die Produktions- und Absatzbedingungen für die japanische Porzellanindustrie im Zusammenhang mit der fortschreitenden Weltwirtschaftskrise wie auch unter dem Einfluß der Konflikte mit China eine ständige Verschlechterung erfahren, und zur Zeit muß die Lage dieser Industrie in ihrer Gesamtheit als sehr ungünstig bezeichnet werden. Besonders viel läßt der Beschäftigungsgrad der im Distrikt Seto (in der Präfektur Aichi mit der Hauptstadt Nagoya) liegenden Fabriken zu wünschen übrig. Die in Seto, von welcher Ortschaft übrigens die allgemeine japanische Bezeichnung für Porzellan („Seto-mono“) abzuleiten ist, ansässigen Produktionsfirmen kommen in normalen Zeiten für etwas mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion auf. Aber auch in den kleineren Mittelpunkten dieser Industrie, als welche Kioto (wo die bekannte Qualität Satsuma-Yaki hervorgebracht wird), Tajimi in der Provinz Mino (woher hauptsächlich die Marken Mino-Yaki und Banko-Yaki stammen), die Präfektur Shizuoka (mit den Spezialerzeugnissen Shimizu-Yaki und Taisho-Yaki) und schließ-

lich die Provinz Kaga (bekannt durch die Marke Kutami-Yaki) in genannter Reihenfolge der Bedeutung nach anzusprechen sind, macht sich ein immer empfindlicher werdender Auftragsmangel geltend. Hierdurch sind bereits sehr viele der wichtiger kapitalkräftigen Unternehmungen in Zahlungsschwierigkeiten geraten und haben letzthin zu Notverkäufen gezwungen, welches Vorgehen jedoch keine andere Wirkung zeitigt hat als die, daß die bis vor kurzem noch mühselig aufrecht-erhaltene Stabilität der Preise nunmehr vollständig erschüttert ist, ohne daß die Nachfrage hierdurch in nennenswerter Weise gesteigert worden ist. Auch das Ausfuhrgeschäft der japanischen Porzellanindustrie ist in jüngster Zeit stark bergab gegangen. Durch die katastrophalen Überschwemmungen in China und der durch das militärische Vorgehen Japans in der Mandschurei wieder zu neuer Heftigkeit entfachten Boykott japanischer Waren in China ist die japanische Ausfuhr auch von Porzellanwaren nach diesem Lande, das bisher das bei weitem wichtigste ausländische Absatzgebiet der japanischen Porzellanindustrie dargestellt hat, nahezu völlig ins Stocken geraten. Auch die Südeuropäer mit Britisch- und Holländisch-Indien an der Spitze haben ihre Bestellungen in letzter Zeit in einem ganz ungewöhnlich hohen Maße reduziert. Die Verschiffungen nach dem drittgrößten Auslandsmarkt, den Vereinigten Staaten, beschränken sich neuerdings fast ganz auf Probestellungen neuer Muster. Nur auf einigen europäischen Märkten haben die japanischen Exportfirmen ihr Geschäft ungefähr auf dem vorjährigen Stand behaupten können, doch fällt selbst die Gesamtausfuhr nach Europa verhältnismäßig nur sehr wenig ins Gewicht.



Lohn- und Tariffbewegungen 1931

(Fortsetzung.)

Allerdings gegen den Höchststand 1929 mit erheblichen Abzügen, aber gegenüber der Anarchie, die durch den tariflosen Zustand eingetreten war, und der Willkür der Arbeitgeber Tür und Tor geöffnet hatte, ist das immer noch vorteilhafter als ein tarifloser Zustand. Auch in Sachsen hatten die Unternehmer sämtliche Lohnverträge mit Ablauf zum Jahresende gekündigt. In den übrigen Bezirken sind ebenfalls im Jahre 1931 von den Unternehmern die Lohnverträge, die in den Jahren 1929 und 1930 abgeschlossen waren, zu den nächst zulässigen Terminen gekündigt. Die Wünsche der Unternehmer waren gar nicht bescheiden. Dieselben Unternehmer, die unseren Unterhändlern immer vorgeworfen hatten, daß das, was an Forderungen von der Arbeiterschaft aufgestellt und vertreten wurde, daß Maß des Erträgliches überstiege, kamen mit Forderungen, die alles bisher Dagewesene überboten. Ganz sind die Wünsche der Unternehmer nicht in Erfüllung gegangen, dank des noch einigermaßen günstigen Organisationsverhältnisses in den meisten Bezirken der Ziegelindustrie.

Noch eine Erscheinung ist zu bemerken. Wenn bei einigermaßen günstiger Konjunktur die Arbeitgeber auf möglichst langen Abschluß drängten, so war bei den Tariffbewegungen 1931 gerade das Gegenteil festzustellen. Wenn die Unternehmer überhaupt von vornherein bereit waren, wieder Tarife abzuschließen, so auf möglichst kurze Zeit. Sonst behaupteten sie immer, sie müßten möglichst lange Zeit Ruhe haben, um besser im voraus kalkulieren zu können. All das galt 1931 nicht mehr. Zum größten Teil wurden wieder wirtschaftliche, noch sonstige Erwägungen bei den Tariffbewegungen 1931 von seiten der Unternehmer zur Geltung gebracht, sondern vielfach offen und brutal erklärt, das wollen wir und damit basta. In dieser Beziehung haben sich gerade die Unternehmer der Ziegelindustrie hervorgetan.

Infolge der außerordentlich schlechten Wirtschaftslage, die sich ganz besonders in der Ziegelindustrie auswirkte, konnten schärfere Kampfmaßnahmen gegen die Bestrebungen der Unternehmer auf weitere Verschlechterung der Lebenslage unserer Zieglerkollegen nicht in Anwendung gebracht werden. Nur auf dem Verhandlungswege und im Schlichtungsverfahren mußte versucht werden, die Wünsche und Forderungen der Unternehmer auf ein noch einigermaßen erträgliches Maß zurückzuführen. Leider sind auch verschiedentlich die Schlichtungsbehörden den Wünschen der Unternehmer in weitestgehender Weise entgegengekommen.

Soweit in der

Zementindustrie

nach tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen bestanden, wurden die Lohnverträge ebenfalls durchweg von den Unternehmern zum nächst zulässigen Termin gekündigt. Bei der Erneuerung sind die Abschlüsse zum Teil auch nur für kurze Zeit getroffen, so daß für einige Tariffgebiete zweimal Lohnbewegungen geführt werden mußten. Auch in der Zementindustrie waren die Unternehmer in ihren Forderungen auf Abbau nicht allzu bescheiden. Es gelang aber auch hier, die Wünsche der Unternehmer erheblich zurückzuführen.

Auch in der Zementindustrie hat die außerordentlich schlechte Wirtschaftslage die Unternehmer in ihren Bestrebungen auf Lohnabbau und Abbau der sonstigen tariflichen Leistungen stark gefördert. In den größeren Zementgebieten haben fast das ganze Jahr nur einige Betriebe produziert, der größte Teil der Betriebe hat entweder ganz still-

gelegen oder, soweit gearbeitet wurde, nur einen Bruchteil der normalen Belegschaftszahl beschäftigt. So z. B. in der westfälischen Zementindustrie, wo von 32 Werken nur 2 arbeiteten, die übrigen lagen schon monatelang still.

Verschärft wurde die Lage in der westfälischen Zementindustrie durch den Zusammenbruch des Wicking-Konzerns, der die größte Anzahl der Zementbetriebe des westfälischen Gebietes beherrschte. Verschiedene Werke wurden auch bei der Wiederbelebung der Wirtschaft nicht mehr in Gang kommen, sondern dauernd stillgelegt werden.

Betonwarenindustrie

In der sind die Lohnverträge ebenfalls, mit Ausnahme des Gebietes Brandenburg links der Oder, wo der Bezirkslohnstarif in die Brüche gegangen ist sowie einigen wenigen Werksverträgen sämtlich erneuert worden. In den meisten Fällen hat man sich in dieser Industrie in freien Verhandlungen, soweit man bei dieser Wirtschaftslage noch von „freien“ reden kann, geeinigt. Meist war es so, daß unsere Unterhändler sich sagten, bei einem Schlichtungsverfahren kommt auch nicht mehr heraus, im Gegenteil, sehr oft konnte die Beobachtung gemacht werden, daß gerade die Schlichtungsinstanzen den Wünschen der Unternehmer ein geneigtes Ohr zeigten. Warum also dann noch ein Verfahren, wenn man in freien Verhandlungen vielleicht noch besser wegkam. Auch in dieser Industrie-gruppe ist es gelungen, die Wünsche der Unternehmer erheblich herabzudrücken.

Einige kleinere Werkstarife in Betrieben, wo noch kein Tarifverhältnis bestand, sind neu abgeschlossen. Auch in der Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie hat sich die Wirtschaftskrise äußerst ungünstig ausgewirkt, indem eine ziemlich große Anzahl Werke stillgelegt waren, zum Teil schon seit längerer Zeit.

Daß bei solcher Wirtschaftslage in puncto Lohnbewegungen keine Erfolge zu erringen sind, das wird auch selbst der prinzipienfesteste und linientreueste „Klassenkämpfer“ einsehen müssen.

Kalkindustrie

In der war die Lohnbeeinträchtigung, wenigstens, was die Stundenlöhne anbetrifft, im Durchschnitt nicht so hoch wie in den übrigen Industriezweigen. Die Akkordlöhne sind aber in dieser Industrie bereits 1931 sehr gedrückt, so daß auch die Kalkarbeiter sich in ihrer Lebenshaltung bedeutend beeinträchtigt sehen aufleben mußten.

Auch dieser Industrie-zweig hat schwer unter der Wirtschaftskrise zu leiden. Der Absatz an Kalksteinen ist erheblich zusammengeschmolzen. Der Absatz an Kalk für das Baugewerbe hat fast ganz aufgehört. Bei Donnkalk für die Landwirtschaft ist der Absatz ebenfalls auf einen Bruchteil zusammengeschmolzen, ebenso der Absatz an Kalksteinen für die Eisen- und Stahlindustrie. An einer Besserung ist vorläufig noch nicht zu denken. Daß bei dieser Wirtschaftslage auch die Unternehmer der Kalkindustrie die Situation in bezug auf Lohn- und Tarifforderungen auszunutzen versuchten, ist verständlich. Wenn es ihnen auch hier nicht gelang, ihre Wünsche restlos durchzusetzen, ist es ebenfalls dem Widerstand unserer Organisation zu danken.

In Sachsen hatten die Unternehmer Lohn- sowie Mantelvertrag gekündigt. Die Verhandlungen betr. Manteltarif sind im Oktober 1931 zum Abschluß gelangt, während die Verhandlungen zwecks Neuabschluß des Lohnstarif resultlos verlaufen sind. Zum Neuabschluß bis Jahresende nicht gekommen. Einige

Teilstreiks, um wenigstens in den noch einigermaßen beschäftigten Werken die Lohnbaumaßnahmen der Unternehmer zu durchkreuzen, mußten ohne Erfolg beendet werden.

In Bayern ist ebenfalls ein für mehrere Werke abgeschlossener Tarifvertrag nicht mehr zustande gekommen, weil sich der Arbeitgeberverband aufgelöst hat. Es mußten wieder Einzelstarife abgeschlossen werden.

Es ist zu konstatieren, daß gerade in der Kalkindustrie die Tarifmüdigkeit bei den Unternehmern stark zugenommen hat.

Gips- und Kreideindustrie

die beide sich nur auf einige wenige Gebiete erstrecken, sind die Tarife, soweit sie gekündigt waren, wieder erneuert worden. Auch in diesen Industriezweigen mußten Verschlechterungen in Kauf genommen werden, weil auch hier die Geschäftslage eine äußerst schlechte war. Die Verschlechterungen halten sich im Rahmen der auch in den übrigen Industrien vorgenommenen Verschlechterungen der Tarifföhne.

Steinzeug- und Tonröhrenindustrie

Die krankt schon seit Jahren an außerordentlich schlechtem Geschäftsgang. Einige Werke liegen schon seit längerer Zeit still. Andere haben schon jahrelang Kurzarbeit eingeführt. Daß bei solchen Verhältnissen auch die Lohn- und Tariffbewegungen ungünstig beeinflusst werden müßten, ist nur allzu sehr verständlich.

Im Freiwaldauer Gebiet (Schlesien) war für unsere Firmen ein einheitlicher Tarif abgeschlossen. Einige Firmen weigerten sich, wieder einen gemeinsamen Lohnstarif, ja überhaupt wieder einen Tarifvertrag abzuschließen. Im Schlichtungsverfahren bekamen dann die sich weigernden Firmen die gleichen Tarife, wie die beim gemeinsamen Vertrag noch übriggebliebenen Firmen, aber für jede Firma als Werkstarif.

Im Freistaat Sachsen bestand in der Steinzeug-Industrie seit 1. April 1929 tarifloser Zustand in bezug auf Lohnfestsetzung. Die Unternehmer waren tarifmüde geworden. Erst ab 1. Januar 1931 war es gelungen, die Löhne wieder zu tarifisieren. Der Abschluß erfolgte aber nur bis 30. April 1931. Die Unternehmer kündigten den Lohnstarif aber wieder mit Ablauf zum 31. Mai 1931. Die Verhandlungen zogen sich durch die Verschleppungspolitik der Unternehmer ziemlich lange hin. Ein gefällter Schiedsspruch wurde vom Schlichter nicht für verbindlich erklärt. Ein Einigungsversuch des Schlichters, der den Unternehmern weitgehend entgegenkam, wurde von diesen angenommen, aber von den Arbeitnehmern abgelehnt. Die Arbeitgeber haben dann entsprechend dem Vorschlag des Schlichters, die Löhne festgesetzt. Mit Wirkung vom 15. Oktober 1931 bauten die Unternehmer motorisch die Löhne um weitere 5 Pf. ab und weigerten sich überhaupt, wieder einen Tarifvertrag abzuschließen. Erst Ende November 1931 ist es dann wieder zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen.

In der Steinzeug- und Tonröhren-Industrie bestanden bisher nur 2 Bezirks- sowie 3 oder 4 kleinere Ortsverträge. Für die größere Anzahl der Betriebe bestanden nur Werksverträge.

Die Beschäftigtenzahlen in der Steinzeug-Industrie sind gerade im Jahre 1931 auf ein Minimum derjenigen, die noch 1927 vorhanden waren, herabgesunken.

Nur einige Beispiele. Im Bezirk Provinz Sachsen und Anhalt waren 1927 noch fast 900 Beschäftigte, 1931 nur noch 250 bis 300. Freistaat Sachsen 1927 etwa 600, im Jahre 1931 noch ungefähr 100 Beschäftigte.

Gleichfalls ist das Sinken der Beschäftigtenzahl bei einigen größeren Werken zu beobachten. Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und Chemische Industrie in Friedrichsfeld in Baden hatte 1927 etwa 850 Beschäftigte, 1931 nur noch ungefähr 250. Das gleiche bei

der Deutschen Ton- und Steinzeug-Industrie A.G., Werk Münsterberg in Schlesien, wo 1927 fast 600, im Spätsommer 1931 aber nur noch so ungefähr 100 Beschäftigte vorhanden waren. Auch bei den anderen kleineren und mittleren Werken ist das gleiche Verhältnis zu verzeichnen.

Daß bei solch katastrophaler Wirtschaftslage, die sich gerade in der Steinzeug- und Tonwaren-Industrie ganz besonders auswirkte, in bezug auf Lohn- und Tariffbewegungen keine großen Erfolge errungen werden konnten, wird nur allzu verständlich erscheinen. Die ganze Taktik unserer Unterhändler mußte sich darauf beschränken, von dem bisher Errungenen so viel wie möglich zu erhalten und die Unternehmeryünsche, die oft sehr weitgehend waren, auf ein noch erträgliches Maß zurückzuführen. (Fortsetzung folgt.)

Argentinien

Der Verbrauch von Portlandzement als wichtigstes Baumittel spielt in Argentinien, dessen wirtschaftlicher Aufstieg mit einer wachsenden Bevölkerung rasch zunimmt, eine bedeutende Rolle. Der Verbrauch, der im Jahre 1913 456 000 t betrug, ist im Jahre 1930 auf rund 812 000 t gestiegen. Vor dem Kriege gab es in Argentinien noch keine eigene Produktion. Erst 1914 wurden rund 3500 t Zement verbraucht, die im Lande hergestellt waren. Wie auch in so manchen anderen Industriezweigen, begünstigten die Kriegsjahre die Entwicklung einer eigenen Produktion. Im Jahre 1919 wurden bereits 39 000 t im Lande hergestellt, während der Verbrauch des eingeführten Zements auf 91 000 t zurückgegangen war. Der Gesamtverbrauch war also auf 130 000 t zurückgegangen. — Seit 1920 hat sich die heimische Produktion ständig vergrößert und erreichte im Jahre 1930 bereits die statistische Ziffer von 334 000 t, d. h. beinahe die gleiche Menge, die an eingeführtem Zement verbraucht wurde. Die Einfuhr betrug nämlich in dem genannten Jahre 477 500 t.

Auch im Jahre 1931 ist ein weiterer Ausbau der heimischen Produktion durch Vergrößerung der Leistungsfähigkeit der bestehenden Unternehmungen und durch den Bau neuer Fabriken weiter fortgeführt worden, obwohl infolge der allgemeinen Krise ein erheblicher Rückgang der Bautätigkeit zu verzeichnen ist. — Durch die Erhöhung der Einfuhrzölle auf Zement ist in den letzten Monaten 1931 die einheimische Industrie noch weiter begünstigt worden. In der Einfuhr nehmen Belgien, Deutschland und Norwegen die wichtigste Stellung ein. 1929 wurden aus Belgien rund 197 000 t, aus Deutschland rund 80 000 t und aus Norwegen rund 66 000 t Zement eingeführt. Einen erheblichen Anteil an der argentinischen Einfuhr von Zement haben ferner Dänemark, Großbritannien, Schweden und Frankreich.

Das furchtbare Erwachen

Der bekannte Dr. Heim veröffentlicht in der Zeitschrift „Schönerer Zukunft“ einen Artikel „Glück und Ende des Nationalsozialismus“ und schreibt darin: „Es wird im Falle des Nationalsozialismus ein furchtbares Erwachen sein, wenn die Geldspender aus Industrie, Banken, Versicherungsgesellschaften, Handelsfirmen statt Besserung ihrer Lage den Zusammenbruch erleben, wenn diejenigen, die gesagt haben: „Schlechter kann es nicht mehr werden“, einsehen, daß es wohl noch schlechter kommen kann, wenn Kleinrentner abermals ihre Sparpfennige verlieren, wenn Beamte einsehen, daß kein Gehalt schlechter ist als ein gekürztes, wenn Arbeitslose einsehen, daß eine karge Unterstützung besser ist als keine, wenn den Bauern nach dem hessischen Verschwörungsepi ihre Produkte ohne Entgelt weggenommen werden.“

Greift an und verteidigt!

Die Gewerkschaften stehen täglich den Verleumdungsturmangriffen der Gegner gegenüber. Die gehässigsten Reaktionen im Unternehmerrlager und die Nazis werfen unaufhörlich ihre Stinkbomben in die Reihen der Gewerkschaften, die sachlichen Gegner kämpfen auch nicht immer mit ehrlichen Waffen gegen sie. Im Lager der Arbeiter sitzt die Kommunistische Partei, die stetig eine widerliche Hetze gegen die Gewerkschaften entfaltet und die mit den ordinärsten Mitteln den Kampf gegen sie führt, die aber auch unablässig ihre eigenen noch zu den Gewerkschaften haltenden Mitglieder in seelische Konflikte bringt, weil sie den Gewerkschaften die Treue halten und weil sie wissen, was die Gewerkschaften für die Arbeiterschaft und für die Arbeiterbewegung für eine übertragende Bedeutung haben.

Die Gewerkschaften werden beschimpft, verleumdet, angefeindet, bekämpft und verlastet; jeder Schändel, jedes Lästermaul, jeder politische Psychopath macht sie zum Gegenstand seiner Angriffe in Versammlungen, im Betrieb, auf der Straße, in Lokalen und den sonstigen Tummelplätzen der öffentlichen Meinung. Wer vollständig gelassen will, rumpelt sie an und bekommt Beifall selbst in Betriebsversammlungen.

Dürfen sich das die Gewerkschaftsmitglieder noch bieten lassen? Ist es gut, dazu zu schweigen? Nein! muß die Antwort für jeden Gewerkschafter lauten.

Die Gehälter der Gewerkschaftsangehörigen haben es den meisten Nörglern angetan; besonders die Kommunisten und Nazis haben dieses Schlagwort auf ihrer Walze, und Siebzehn- bis Achtzehnjährige reden wie Sachverständige darüber und begründen ihren Nichtbeitritt zum Verband so manchmal mit dem goldgelten Wort: Es fällt mir gar nicht ein, mit meinem Geld „Bonzen zu mästen“. Sie schließen sich lieber den Nazis an, deren Bonzen vielfach drei- bis viermal aus den verschiedensten Stellen Einkommen beziehen und die nur noch in Autos fahren, die über 25 000 Mark kosten. Die große Mehrzahl der Gewerkschaftsangehörigen muß 4-6 Jahre arbeiten, um soviel Gehalt zu verdienen, was Nazibonzen für ihr Auto ausgeben. Die Gewerkschaftsangehörigen selbst in den Spitzen bekommen an Gehalt im Monat nicht mehr als bestbezahlte Arbeiter in den Betrieben. Diese Tatsache können die Gewerkschafter mit gutem Gewissen den dummen, blödsinnigen Redensarten der Gewerkschaftsfeinde entgegenstellen. Ein bis zwei Prozent der Gesamteinnahmen in Normalzeiten machen in den meisten Fällen die Ausgaben für Gehälter der Gewerkschaftsangehörigen aus. So sieht also die Wirklichkeit aus. Wer sich demnach mit lügenhaften Redensarten über die „Bonzen“ gehälter vor dem Beitritt zum Verband drücken will, der ist zurechtzuweisen und ganz energisch auf seine gewerkschaftliche Pflicht hinzuweisen. Also Lügen nicht mehr dulden. Oft werden die kleinsten Dinge vorgeschützt, die lächerlichsten Ausreden gebraucht, um das Beiseitestehen und das Unorganisiertsein zu rechtfertigen. Das tun auch Leute, die große Worte von der Einheit des Proletariats, vom Generalstreik im Munde führen. Sie machen den Gewerkschaften auch Vorwürfe, sie täten nichts und kämpften nicht; gerade solche Unken erfreuen sich dann gewöhnlich, von den Gewerkschaften dies und jenes zu verlangen, was sie erkämpfen sollen. Gewerkschaftsmitglieder haben gegen so geartete Stänkerfritten stets energisch Front zu machen. Wenn sich Mißmacher und Kleinlichkeitskrämer hinter faule Ausreden verstecken und nicht dem Verbands beitreten wollen, sind sie zu stäupen, und wenn sie gar den Gewerkschaftern dreinreden wollen, so sind sie zurechtzuweisen. Wer die Einheit des Proletariats will, muß sie schaffen helfen, muß sich mit seiner ganzen Person dafür einsetzen, muß mit gutem Beispiel vorangehen. Wer kämpfen will, muß jederzeit Vorbereitungen zum Kampf treffen und sich den Organisationen anschließen, mit denen in jedem Fall die breiteste Machtentfaltung erreicht wird. Diese Organisationen sind die Gewerkschaften. Meinungsverschiedenheiten müssen da zurücktreten, das Entscheidende muß in den Vordergrund gerückt werden, und zwar der Erfolg. Erfolge haben die Gewerkschaften in ihrem Schaffungsbereich genaugen aufzuweisen, zwar Erfolge für die Arbeiterschaft. Wo sind die Erfolge derer, die auch vorgeben, für die Arbeiter zu kämpfen? Taten vollbrachten sie wohl, wie die Kommunisten mit ihrer RGO auch, sie führten jedoch stets zu Niederlagen und brachten den Arbeitern

Schäden. Nutzlos wurden die Opfer vertan, gewissenslos die Arbeiter ins Unglück gejagt oder geschwächt, wieder der Unternehmerrgewalt ausgeliefert. Mit Arbeiterinteressen wurde vielfach aus parteipolitischen Gründen Schindluder getrieben.

Dazu sollen die Gewerkschaften nicht schweigen. Sie haben ein Recht zur Kritik an so sinnlosen Abenteuern. Sie müssen die Arbeiter darüber aufklären.

Stellt die Taten und Erfolge der Gewerkschaften — jede Zahlstelle kann damit aufwarten — den Redensarten unserer Feinde und Gegner gegenüber. Setzt euch gegen jeden Hetzer und Verleumder zur Wehr, greift sie an, klärt die Arbeiterschaft insgesamt auf. Agitiert für die Gewerkschaften, sie sind Schutz und Rückhalt für das Proletariat in schlimmster Zeit.

Kampf ist die Losung! Aktiv sein Pflicht!
Ein Gewerkschafter.

Zur Beachtung!

In der vorigen Nummer spielte uns der Druckfehlerengel wieder einen Streich, er machte in dem Artikel „Werb für den Verband!“ im zweiten Absatz aus Einstellung Entlassung. Aufmerksame Leser werden das schon selbst berichtet haben.

Disziplin und solidarische Treue

Wenn man die schwierige Wirtschaftslage in Deutschland betrachtet, die andauernde Herabsetzung der Löhne und andere Anlässe, die das Leben verbittern, hinzunimmt, dann muß man sich wundern, daß die Gewerkschaften noch an Mitgliederzahl so stark sind. Es dürfte aber dadurch bewiesen sein, daß in diesen Massenorganisationen der Arbeiterschaft etwas ganz Besonderes verborgen liegt. In Heft 50 der „Sozialen Praxis“ beschreibt Prof. Theodor Brauer die gegenwärtige Lage der Gewerkschaften. Dabei bemerkt er folgendes:

„Man muß bedenken, daß die Gewerkschaften heute in einem furchtbaren Kreuzfeuer stehen. Es wendet sich gegen sie nicht bloß alles das, was der Gewerkschafter selbst als „soziale Reaktion“ kennzeichnet; auch nicht bloß die in unserem Volk vielfach anzutreffende Abneigung weiter Kreise gegen die Gewerkschaften, die ihren Grund in der vermeintlichen Usurpierung vieler öffentlichen Stellen durch die Gewerkschaften bzw. durch deren „Hintermänner“ hat; auch ferner auch nicht nur die nörgelnde Kritik solcher ehemaligen Gewerkschafter, die entweder nicht auf ihre Rechnung kamen oder aber bloße Nachläufer waren und als solche ihren aus Bequemlichkeit erfolgenden Abfall meist mit bissigen Angriffen auf die „Gewerkschaftsbürokratie“ begründen. Vielmehr sind die Gewerkschaften der Gegenstand stärker Bedrängnis durch die kommunistische Opposition und, letzteres vor allem in den Kreisen der Angestellten, des nationalsozialistischen Ansturmes und des verstärkten Wiedereingreifens der Gelben. Man darf infolgedessen das verhältnismäßig gute Durchhalten der Gewerkschaften sicher zu einem guten Teil auf gewerkschaftliche Disziplin und solidarische Treue zurückführen. Mehr als mancher befürchtet bzw. gehofft haben mag, sind die Gewerkschaften ein Faktor unseres Gesamtlebens geworden.“

Die Gewerkschaften sind in der Tat ein wesentlicher Faktor des Gesamtlebens der Nation. Sie sind eine Staatsnotwendigkeit und ohne sie ein Arbeiterdasein kaum denkbar.

Wie vervielfachte Kraft zustande kommt

„Zuerst meint man, 100 Menschen miteinander vereint, können nur ebensoviel leisten wie hundert Einzelne — gewiß nicht mehr. Und doch spürt jeder, der in einer Gruppe arbeitet, der sich mit anderen Menschen um eines gemeinsamen Zieles willen verbunden hat, daß es nicht so ist. Hundert Menschen vereint sind mehr, viel mehr als hundert einzelne! Der Mensch der Gruppe fühlt sich von ihr getragen, das steigert seine Kräfte. Er wagt sich freier heraus, weil er die ihn stützenden Kameraden hinter sich weiß. Die verschiedenen Fähigkeiten der einzelnen können im Ringen der Gruppe jede an ihrem Platze eingesetzt werden. Die Mittel, die beim einzelnen bedeutungslos sind, ergeben zusammengezwungen einen bedeutsamen Betrag; Hilfen, die sich der einzelne mit seinen wenigen Pfennigen nie beschaffen kann, schafft sich mit dem zusammengelegten Geld die Gruppe. All diese Wirkungen einer Organisation erlebt der Arbeiter, und mehr noch als die hier aufgezählten. So kommt es, daß er aus einem Mitglied ein strahlender Kämpfer für seine Organisation wird, daß er seine Organisationszugehörigkeit als eine Auszeichnung und mit Stolz betrachtet.“

Diese Ausführungen entnehmen wir den äußerst lesenswerten im Urania-Freidenker-Verlag GmbH, Jena, erschienenen Büchlein „Organisiertes Kapital“ von Heiner Lotze. Die Konzentration von wirtschaftlicher Macht ist selten so flüssig dargestellt worden wie hier.

Zwickau / Für treue Dienste

Unser Kassengeschäftsführer, Kollege Ernst Schmidt, ist, nachdem er das 65. Lebensjahr erreicht hat, in den Ruhestand getreten. Als sich im Jahre 1904 die Ziegeleiarbeiterschaft, die bis dahin dem Bauhilfsarbeiterverband angeschlossen waren, zum Übertritt in den Fabrikarbeiterverband als für sie zuständige Organisation entschloß, wurde unsere Zahlstelle gegründet. Kollege Schmidt befand sich immer in vorderster Reihe seit Bestehen derselben. Als Funktionär und Verwaltungsmitglied war er ein pflichtbewußter Agitator unter seinen Berufskollegen. Aber auch der Kollegenschaft in der chemischen und Papierindustrie stellte Kollege Schmidt seine agitatorische Kraft zur Verfügung und wirkte erfolgreich mit. Seiner unermüdeten, aufopfernden Tätigkeit ist der Aufstieg unserer Zahlstelle mitzuerdanken. Im Jahre 1907 war die Mitgliederzahl bereits so hoch gestiegen, daß ein Geschäftsführer angestellt werden mußte. Die Wahl fiel auf den Kollegen Friedrich Kramer. Dieser fand in dem Kollegen Schmidt einen eifrigen Mitarbeiter in der Ortsverwaltung. Nach Ausbruch des Weltkrieges wurden die Reihen unserer Mitglieder so stark gelichtet, daß der Geschäftsführer, Kollege Kramer, seine bisherige Tätigkeit ehrenamtlich führen und einer anderen Erwerbstätigkeit nachgehen mußte, aus der er durch einen tödlich verlaufenen Unglücksfall nicht wieder zu uns zurückkehren konnte. Nach erfolgter Demobilisierung stiegen ganz plötzlich, wie überall, auch in unserer Zahlstelle die Mitgliederzahlen, so daß die Anstellung eines neuen Geschäftsführers erforderlich wurde. Die Wahl traf unsern Kollegen Ernst Schmidt. Seine Anstellung erfolgte am 1. April 1919 im Alter von 32 Jahren. Hier hat er in treuer Pflichterfüllung seinen Mann gestanden so weit es seinen Kräften möglich war. Gewissenhaftes

und ehrliches, im Interesse der Mitglieder und des Gesamtverbandes gelegenes Handeln war sein Leitmotiv. Er füllte seinen verantwortungsvollen Posten ehrlich aus. Die Zahlstellenleitung dankt ihm im Namen der Mitglieder für seine Mühewaltung mit dem Wunsche, daß ihm der wohlverdiente Ruhestand recht lange Jahre vergönnt sein möge. Dies ist der beste Wunsch, der einem allzeit aufrichtigen Kollegen und Mitarbeiter geöhrt. Auch hat die Zahlstelle Kollegen Schmidt ehrenamtlich den Posten des 1. Bevollmächtigten übertragen.

Die Zahlstellenleitung.

Bewerbungen zu den Schulkursen in Wennigsen

Infolge der Ausschreibung für die Schulkurse in Wennigsen im 1. Halbjahr 1932 haben sich 476 Kolleginnen und Kollegen beworben. Da wir nur 216 Plätze zur Verfügung haben, konnte nicht einmal die Hälfte der Bewerber Berücksichtigung finden. Für den Einzelnen ist das bedauerlich, von anderen Gesichtspunkten aus betrachtet aber eine erfreuliche Tatsache, daß trotz der schweren Zeit so viel Lernerifer, Kraft und Begeisterung in der Mitgliedschaft zu verzeichnen ist.

Allen Bewerbern, die nicht berücksichtigt werden konnten, sagen wir unseren Dank und ersuchen sie, den Mut nicht zu verlieren und sich bei der nächsten Ausschreibung erneut zu bewerben.

Der Vorstand.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle: Regensburg: Willy Hall, Mitgl.-Nr. P. 105544; Ludwig Wolf, Mitgl.-Nr. 987409; der Zahlstelle Wismar: Heinrich Jentzen, Buch-Nr. 191874; der Zahlstelle Lohr a. Main: Fritz Hopp, Karten-Nr. 983395.

Arbeitsmarkt

Langjähriger Schmelzer in Blei, Kristall und Farbglas, Ofenbetrieb vollständig beherrschend, sucht alsbald neue Stellung. Angebote an G. Ideler, Penzig (O.-L.), Langnauer Straße 35.

Schriften und Bücher

„Der Ruf zum Kampf.“ Ein proletarisches Kampfspiel mit Sprecher von W. Bock, Selbstverlag W. Bock, Stadthagen, Lange Str. 22. — In dem Sprechwerk hat der Dichter W. Bock ein gutes, proletarisches Kampfspiel geschrieben, das sich sehr gut für Arbeiterveranstaltungen eignet. Es treten darin Einzelkämpfer, Chor der Ruter und die Masse, sowie Bewegungsschreie auf. Das Spiel hat den Vorzug, kurz zu sein und doch zu wirken. Es ist einfach und schlicht, und doch wuchtig und aufrüttelnd gehalten. Auch Sportler und Turnerinnen wirken mit, was der Darstellung sicher eine große Lebendigkeit gibt. Mir scheint nur, der Verfasser gab dem Text nicht genug ausführliche Bemerkungen über das richtige Verhalten der Darstellenden bei, denn die eigentliche Wirkung des Spiels kommt doch nicht allein in den Worten, sondern auch in der richtigen Bewegung, im richtigen Auftreten der Mitwirkenden zum Ausdruck. Ein gut sich in das Stück hineinfindender Einüber kommt mit den Anweisungen wohl aus, aber sicher nicht alle. Im Freiein muß die Aufführung dieses Kampfspiels eine glänzende Wirkung ausüben. Die Sportvereine werden mit der Aufführung des „Ruf zum Kampf“ gute Werberfolge erzielen, und sollten es stets bei ihren Festlichkeiten mit vorführen. Das Stück ist wert, beachtet zu werden. E. N.



Luise Zietz zum Gedächtnis

Am Morgen des 27. Januar starb Luise Zietz, nachdem sie tags zuvor im Plenum des Reichstags einen plötzlichen Ohnmachtsanfall erlitt, aus dem sie nicht wieder zu vollem Bewußtsein erwachte. Was Luise Zietz für die Entwicklung unseres Verbandes bedeutet, geht schon aus den folgenden schlichten Zeilen hervor, die im Nachruf des „Proletariat“ vom 18. Februar 1922 stehen: „Wenn einmal die Geschichte unseres Verbandes geschrieben wird, werden wir Luise Zietz unter den tatkräftigsten Pionieren zu nennen haben.“

Wir wollen den zehnjährigen Todestag von Luise Zietz nicht vorübergehen lassen, ohne ihrer zu gedenken in Anerkennung ihrer aufopferungsvollen Tätigkeit für den Verband, wie überhaupt des unterdrückten und leidenden Proletariats. Wir müssen dieser mutigen Frau auch gedenken, weil sie mit heißem Herzen und leidenschaftlich gerade um die Rechte der Arbeiterinnen kämpfte. Beachtlich und erkenntnisvoll zeigt sich hierfür auch der Schlusssatz im Nachruf der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ vom 8. Februar 1922: „Die Arbeiterinnen verlieren in Luise Zietz eine warmherzige und alzeit hilfsbereite und energische Verfechterin ihres Anspruchs auf bessere Lebensbedingungen und größere Freiheiten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete.“

So sieht der einfache Rahmen aus für das Gedenken an Luise Zietz, die erstmalig während des Hamburger Hafenarbeiterstreiks, der von November 1896 bis Februar 1897 währte, in großer Versammlung vor den Massen stand, und dort besonders die zahlreich erschienenen Frauen aufrief, auszuharren im schicksalsschweren Kampfe um die allernotwendigsten Arbeiterrechte. Luise Zietz gründete im Jahre 1906 in Hamburg die erste Dienstbotenorganisation. Ueberhaupt galt sie als eifrige Vorkämpferin für Frauenrecht und Arbeiterinnen-

schutz. Das bedeutet viel, und besonders für die Fabrikarbeiterinnen, da Luise Zietz selbst Fabrikarbeiterin war.

Ferner war Luise Zietz eine der ersten Rednerinnen unseres Verbandes, die unter schwierigsten Verhältnissen recht viel geleistet haben. Allgemein beliebt und ausgestattet mit gutem Blick für das organisatorisch Erforderliche brachte sie es zuwege, überall, wo sie redete und agitierte, zahlreiche Aufnahmen für den Verband zu tätigen. Manchen Kollegen, die heute als Funktionär in den vordersten Reihen des Verbandes steht und wirkt, hat sie aufgenommen. Manche Zahlstelle wurde durch Kollegin Zietz gegründet. In einem Bericht zum 40-jährigen Bestehen des Verbandes schreibt Kollege Wiesenhütter, Stettin u. a.: „Ein großes Verdienst um die Ausdehnung unseres Verbandes im ganzen Osten hatte sich die verstorbene Kollegin Zietz erworben. Sie hat Ausgangs der 90er Jahre und in den Jahren 1900-1903 größere Touren für unseren Verband unternommen.“ Das war zu einer Zeit, wo noch Gesetzesschranken die Frauen an der öffentlichen Tätigkeit behinderten. Und es ist öfter vorgekommen, daß Versammlungen, in denen Luise Zietz reden wollte, einfach nicht stattfinden durften, weil eine Frau weder reden noch Versammlungen besuchen durfte. Aber Luise Zietz war eine Kämpferin. Sie hat allen Schikanen getrotzt und trat erst recht auf den Plan, Aufklärung zu verbreiten und ihre unterdrückten Arbeitsschwwestern von den Fesseln kapitalistischer Willkür befreien zu helfen. Nicht nur, daß sie den Feinden der Arbeiterbewegung und den Gegnern der Frauenrechte bittere Wahrheiten sagte. Sie stand auch immer praktisch mit in den vordersten Reihen derjenigen, die die ungelohnten Arbeiter, sowie die unterdrückten Landarbeiter und Hausangestellten zu organisieren strebten in der Erkenntnis, daß nur

durch starke Organisationen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen sind. Auf dem Verbandstag in Leipzig 1906 hielt sie ein Referat über: „Organisierung der Landarbeiter im Fabrikarbeiter-Verband oder in einer selbständigen Organisation.“ Der Fabrikarbeiter-Verband delegierte sie auch schon 1899 zum Gewerkschaftskongreß nach Frankfurt/M. und 1902 nach Stuttgart. Auf beiden Kongressen trat sie rednerisch hervor, insbesondere zur Unterstützung der Forderungen auf Koalitionsfreiheit der Landarbeiter.

Eine Kämpferin wie Luise Zietz mußte natürlich auch politisch reg sein. Sie war die erste Frau, die in den Vorstand der Sozialdemokratie berufen wurde. Das war im Jahre 1908. Das Jahr, in dem der § 5 des Vereinsgesetzes, der die Frauen vom politischen Leben fernhielt, gefallen war. In unzähligen Versammlungen schleuderte sie ihre Anklagen gegen die bürgerliche Gesellschaft. Auf der Mannheimer Frauenkonferenz 1906 behandelte sie das Thema „Landarbeiter und Sozialdemokratie“. Die Lösung der Landarbeiterfrage hat ihr immer besonders am Herzen gelegen. Sie hat sich auch in einer ihrer wichtigsten Schriften speziell mit der Landarbeiterfrage beschäftigt.

Bei Spaltung der Sozialdemokratie trat sie der USP bei. An der Nationalversammlung und dem ersten deutschen Reichstag nach dem Kriege nahm sie als Vertreterin der USP teil. Auch hier ist sie in beiden Parlamenten rednerisch hervorgetreten. Leider hat sie die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien nicht mehr erlebt. Ihr ganzes Leben und Streben für den Fortschritt der Arbeiterklasse gibt uns Veranlassung dafür zu sorgen, daß diese tapfere Kämpferin aus dem Heer der Fabrikarbeiterinnen nicht in Vergessenheit gerät.

Anna Zammert.

Im Dritten Reich regiert die Dummheit

Im „Deutschen Volkswirt“ war ein Artikel des offiziellen Organs der Hitler-Bewegung, des „Völkischen Beobachters“, über die Zinsfrage kritisiert worden. Der Verfasser dieses Artikels hat sich mit einer Zusehrift an den „Volkswirt“ gewandt, in welcher folgende Sätze vorkommen: „Offen gestanden lese ich selten nationalökonomische Bücher, noch seltener verstehe ich sie, aber in diesem Fall trifft ihr Vorwurf nicht mich.“ Also jemand, der selten nationalökonomische Bücher liest und sie noch seltener versteht, erlaubt sich über so schwere Fragen wie Kapital- und Zinsenöffentlich ein Urteil abzugeben. Demnach kann man sich denken, mit wie wenig Verstand im Dritten Reich regiert wird. Die Anschauungen des altschwedischen Kanzlers Oxenstierna über Regieren mit wenig Verstand von vor dreihundert Jahren werden demnach im Dritten Reich wieder zur vollen Wahrheit werden. Wenn eine Bewegung von unreifen Leuten geführt wird, dann muß man sich wirklich wundern, daß sie eine solche Zahl von Anhängern zu werben vermag. Keine Sache ist so dumm, sie findet immer ihr Publikum!

UNTERHALTUNG WISSEN

Zwischen Urwald und Indischem Ozean (Aufzeichnungen aus Java)

Nach der Südküste.

Man soll seinen Entschlüssen manchmal untrou werden. Das gibt Anlaß zur Freude. (Unrecht Gut gedehlet oft!) Der Entschluß war: in aller Herrgottsfrühe Bandung zu verlassen, um nach Djokja zu fahren. Die Platzkarte für den Express war schon besorgt. Den Abend vor der Abreise noch rasch eine Verabredung mit zwei Herren: Indo-Europäern. Gespräch bis Mitternacht über den I.E.V. (Indo-Europäischer Verband), seine Aufgaben, seine Ziele. Neuerliche Verabredung für den nächsten Vormittag. Das Thema war interessant genug, auch zu wenig bekannt, um die Weiterreise durch Java nicht aufzuschieben. Einen einzigen Tag noch wollte ich länger bleiben.

Wie ich das „Proaenger“ verlasse, um die „Indos“ zu treffen, fragt Mijhaer Bühnen belläufig: „Wollen Sie mit nach Tjilaot Euren? Wir könnten um eins fahren.“ Nach Djokja kommen Sie immer noch.“ — Ohne lange zu überlegen: „Wenn's keine Umstände macht — mit Vergnügen.“ Das war eine famose Gelegenheit: ich wollte ohnedies nach Garroet, aber wie von dort weiter kommen, war noch ein ungelöstes Rätsel. Garroet: so weit ging die Touristenstraße, dann aber hörte es auf. Es blieb nur eine Möglichkeit: irgendwo ein Auto ergattern. Wandern war unmöglich in diesem Klima, außerdem hätte der Weg drei Tage gekostet und nachts — man kann nicht in den Eingeborenen-Kampongs bleiben. Ein Auto also — aber die hohen Kosten

An die Leser und Leserinnen!

In der Nummer 7 beginnen wir mit dem Abdruck des spannenden, aufschlußreichen und lesenswerten, in England spielenden Romans

Die Kluft

von Ellen Wilkinson. Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber. Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg. Der Roman behandelt ein Stück englische Zeitgeschichte und ein Stück Klassenkampf der letzten Jahre in einer packenden Weise und gilt als einer der besten Frauenromane neuester Zeit. Die Redaktion.

zehrten. Schon auf Ceylon und Sumatra hatten sie sich, jeder ursprünglichen Berechnung zuwider, um ein Vielfaches gesteigert. Jetzt, durch die Einladung, war ich jeder Schwierigkeit enthoben. Ich pries ich jeder Gastfreundschaft der Holländer, und der furchtbare Feldwebelschnurrbart von Mijhaer Bühnen war nicht mehr so furchtbar.

Pünktlich um eins, unter einer unbarmherzigen Mittagsonne, starteten wir. Wieder einmal ging die Fahrt durch Dörfer, und was ich sah, war fast schon ein altgewohntes Bild geworden: die braunen, halbnaekten Sudanesen vor ihren Häusern oder Verkaufsbuden, wo seltsam grell gefärbte Limonaden feilgehalten wurden. Dazwischen, in den größeren Dörfern, die Tokos der Chinesen.

Aber je mehr wir aus der Hochebene heraus und tiefer ins Gebirge kamen, um so fremder wurde das Bild. Die Menschen bewegten sich freier als in der Stadt: die Kinder rannten nackt herum, wie Allah sie geschaffen, mit dicken, kugelrunden Bäuchen. Darin sprang der schlecht eingehüllte Nabel wie ein Flaschenkork vor. Und die Frauen saßen mit bloßem Oberkörper vor den Häusern; wir sahen sie im Garten arbeiten oder von der Arbeit auf den Reisfeldern kommen. Wasserträgerinnen begegneten uns, die gefüllten Bambusröhre an Schiffeilen über dem Rücken. Die Männer lagen faul vor den Verkaufsbuden im schmalen Schatten, schwatzend oder über irgendeinem Brettspiel.

Höher und höher ging es in vielen Windungen. Berge wurden umfahren, und weite Blicke in Täler, Ebenen und auf Gebirgszügen mit Vulkanen öffneten sich. Rasch wechselten die Bilder der Landschaft: immer neu und monumental.

Vom Nebel überrascht.

Nach drei Stunden Fahrt, auf einer Höhe von 1400, kamen wir an den ersten Tee, bald darauf an Gummipflanzungen vorbei. Erinnerung an Ceylon. Am auffallendsten aber: Unterschied der Arbeiterwohnungen zwischen dort und hier. Nicht Hütten, faulig und schmutzvoll; saubere, weiß gekalkte Häuschen, deren Platz davor reichlich belegt. Abglanz Hollands. Braun getünchte Holzverstreibungen im Mauerwerk; als wären es Winterhäuschen im Aemmanischen.

Karvea. Kurven. Höher hinauf, immer höher. Rund herum um einen Berg. Kurven, zwärts ins nächste Tal. Und wieder hinauf.

Dunst. Ganz leichter Nebel. Streckenweise gar. Zartes Gewebe gehaucht. (Manchmal in der Schwäbischen Alp erlebt ich's so. Unerwartet. Nach heißen Septembertagen, wenn alle Sterne blitzen.)

Dann aber — immer mächtiger, immer kurvenwilder aufwärts: das Auto brummt, als hätte es einen Kompressor im Leib... Ja, dann — wie weggesackt die Täler, angelöscht die Fernsicht. Fernsicht? Wäre es nur das gewesen. Auch die Nahsicht dahin. Ein Nebel, schwer, dicht, als atmete ich die Luft

der Zugspitze, nicht die der Javaberge. Sicht auf drei Schritte: nur silhouettenhaft die Kokosbäume, die Palmen, die Riesenfarn. Nur die allernächsten sichtbar, die am Wegrand. Aufmerksam wie ein Spürhund lugte der schmalgestrichelte Javaner durch die hochgeklappte Schutzscheibe. Und fuhr höchstens fünf Meilen die Stunde.

Tropenland? Unterm Äquator? Wir zogen die Mäntel an, knüpften den Kragen hoch. Der schon durchfrosene Körper entwickelte nur mäßig eine närrische Wärme. Dabei ging's nicht ab ohne etliche Frostschauer. Von Zeit zu Zeit stiegen wir aus, schlenkerten die Arme, traten den Boden; es war wie im strengsten Winter in den Alpen. Dem armen Javaner klapperten gottschämmerlich die Zähne.

Donnernder Ozean — flötende Zikaden.

Vor vier Stunden, fast 900 Fuß hoch, noch mitten im Nebel — jetzt an der Küste des Indischen Ozeans. Ich schreibe diese Zeilen, kaum hundert Schritte von den anstürmenden Wellen entfernt, auf der kleinen Holzveranda vor meinem Zimmer in Tjilaot Euren.

Vergeblieh wirst du diesen Ort auf dem Globus oder im Atlas suchen. Du brauchst schon eine Spezialkarte von Westjava, und auch hier wirst du nur einen winzigen Punkt finden. Tjilaot Euren: das ist kein Ort mit Häusern, Schule, Bürgermeister und Finanzamt: es ist heute noch — die Einsamkeit. Ein wagemütiger Mann setzte ein kleines Hotel ans Meer (das einzige an der ganzen Javaküste), nannte es nach dem Fluß. Tjilaot, und nach der Mündung (in sudanesisch) Euren. Damals vor sechs Jahren, als mit dem Bau begonnen wurde — jeder Nagel mußte 200 km weit hergeschafft werden — war Wildnis, Urwald, der vorstieß bis fast ans Meer. Es wurde gerodet und begonnen mit dem Bau eines — Hafens!

Vorhin sah ich ihn, den Hafen, vielmehr die Trümmer eines Hafens. Des „alten“ Hafens, der vom „neuen“ abgelöst wurde. Denn: als die Arbeitskraft von drei Jahren und eine Menge Geld hineingesteckt waren, erkannte die Provinzverwaltung die Bedeutung des Planes. Sie verfügte (nicht allein in Deutschland wird „verfügt“ und gehorcht) und setzte einen Beamten her.

Die alte Ladebrücke ist inzwischen fast verfallen, die Eisenträger vom Salzwasser zerfressen, und das Metall ist abzubreckeln in papierblattdünnen Schichten. Vierhundert Meter weiter, um eine kleine Landzunge herum, ist der neue Hafen.

Wo für ein Hafen in dieser weltabgeschiedenen Gegend? Um Tee und Gummi glattweg zu verfrachten; die Produkte nicht mehr, wie früher, 60 km weit durch Träger transportieren zu lassen, um sie dann erst auf Karren zur Bahnstation zu bringen. Jetzt kommt alle vier Wochen ein kleiner Küstendampfer. Geht draußen vor dem Korallenriff auf Reede: nimmt Tee und Rubber mit, der auf kleinen Leichtern aus dem „großen“ Hafen gebracht wird.

Die anstürmenden Wellen krachen donnernd auf den Strand. Unaufhörlich. Die Nacht ist schwarz, sternenlos. Nichts ist zu sehen als die beiden winzigen Lichter draußen auf dem Meer, mit denen die Eingeborenen aus den Dörfern auf Fischfang gehen. Vor dem Haus, auf dem Rasen zwischen künstlich gezüchteten Rosen und mannshohen Kakteen flöteten tausende Zikaden. Der gläserne Ton überschwingt hell das dunkeldumpe Krachen der sich brechenden, langauslaufenden Wellen. Großer, gewaltiger Atem des Meeres...

Nachtfalter kreisen um die Lampe über mir. Große, braune Käfer mit grotesk geformten Greifzangen stürzen betäubt vom Licht auf Fußboden und Tisch. Wenn sie mit lautem Krach auf den Rücken plumpsen, liegen sie minutenlang hilflos, ohnmächtig. An den weiß gekalkten Wänden liegen Tschickschaks (Eidechsenart) still auf der Lauer, um flink herab zu rennen und eine Fliege zu erhaschen. Aber kein einziger Moskito ist da, und die Nacht wird dir einmal nicht vereckelt.

Wie ich zufällig mit der Zunge über die Lippen fahre, spüre ich wieder den guten starken Salzgeschmack, als wäre ich auf hoher See. Schöne, warme Nacht: Vereinigung von Himmel, Meer und Erde. Einsamkeit, nur durchföhnt von den unermüdeten der ewigen Natur. Kein Menschenlaut.

Korallenriffe.

„Tuan! Tuan!“ — „koel lima.“ Das war der Jongs, der, sudanesischer Diener, der mich vor „neuauf“ ang wecken sollte. Obgleich ich die offenen Türen und Fenster geschlafen hatte — tief, traumlos — merkte ich erst jetzt, als ich aus dem Zimmer trat, wie warm es da unter dem überflüssigen Moskitonetz gewesen war. Eine kühle Brise wehte, erquickend und rein.

Vor mir der Indische Ozean, weit und blau bis an den Horizont unter einem noch bleaeren, morgenklaren Himmel. Rechts die letzte, gewaltige Bergkette des Praenger, daraus sich breit das mächtige Plateau des Papandajan hob. Dicht daneben ein anderer Bergspitz wie ein Kegel. Die Sonne, dies „allmächtig-prächtige Glutgestirn“, färbte die höchsten Gipfel rot. Das Rot schmolz in Purpur, ran herab bis zum Fuß des Plateaus und der Kegel; und der ganze Gebirgszug stand bald in einem so heftig flammenden Glühen, daß selbst die reinsten Sonnenaufgänge in den Dolomiten nur wie ein schwaches Abbild waren. Aber nur Minuten — dann schob sich die Sonne empor: stieg hoch, ur-

waltig wie am ersten Schöpfungstag... Ja höher sie stieg, um so mehr verschwanden die scharfen Konturen der Berge; und jetzt wie ich (vier Stunden später) dies niederschreibe, liegt die weite Bergkette in einem leichten Dunst, die Spitzen nicht mehr zu sehen.

Aber das Moor vor mir ist klar, von einem leichten Blaugrün, und die anstürmenden, tosend sich überschlagenden, brechenden Wellen von einem blendenden Weiß. Wie vermag ich geduldig hier zu sitzen, wie das Gesohne, Erlebte aufzuzeichnen? (Lächle nicht, Städter, über meine Bogeistorung ob eines Sonnenaufgangs. Du bist fern, unberührt vom gewaltigen Atom der Natur, wie ich es war bis vor Monaten.)

Ich gehe entlang dem Strand — diesem wunderbar natürlichen, von keiner Menschenhand berührten Stück Erde — hinüber, wo durch den Urwald ein schmaler Pfad gehauen ist. Er ist nicht breiter als meine Schultern. Stellenweise ist das wuchernde Gebüsch längst wieder ineinander gewachsen, und mit dem Buschmesser bahne ich mir den Weg; schlage bald in Kalce, bald in Bruthöhe das widerliche Schlinggewächs auseinander. Nur gedämpft, grünlich-schwarz fällt das Licht herein; die Luft ist schwer, feucht und warm. Gespensterhaft ineinander verwucherte Blume, Luftwurzeln in graugrünen Formen. Da plötzlich, kaum bin ich fünfzig Schritte tief in diesem Treibhaus der Natur, flattern aus einem Baum Dutzende „fliegende Hunde“ auf; eine Fledermausart, deren Flügelspanne über ein Meter ist. Bündelwölfe hängen sie noch in den Zweigen, unbeweglich, und die davon flogen, kommen rasch wieder zurück.

Der Pfad fällt steil ab, ich rutsche mehr als ich gehe, und nur das Buschwerk bietet einen

Familienblätter / Von Arthur Hefzer, Dresden

Die Zahl der sogenannten Zeitschriften, auch Wochen- und Monatschriften genannt, ist im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einer Riesenziffer angewachsen. Im Vergleich dazu steht allerdings ihr wirklicher Wert, der im ungleichen Verhältnis zum in die Höhe getriebenen Preis, sich beträchtlich gemindert hat, vom entgegengesetzten Ende, so daß der vorurteilslose Kritiker sich wundern muß, über die noch bestehende Möglichkeit der Existenz dieser Blätter überhaupt.

So ganz erstaunlich ist diese Tatsache aber nicht, denn sie wird unterstützt durch die Einfältigkeit der Massen.

In allen Orten Deutschlands ziehen Kolonnen herum, die für irgendeine Sache reisen und mit allen Mitteln versuchen, Unterschriften zu bekommen, die hinterher als Verpflichtungserklärung sich entpuppen, auf die Dauer — infolge der sich verschlechternden Lage — sich als untragbare Lasten herausstellen und letzten Endes völlig wertlos in Hinsicht auf gemachte Versprechungen sind.

Als Lockmittel für den Kundenfang beispielsweise bei Abonnementswerbung dienen Preisrätsel privater Firmen und Versicherungen, die mit Rücksicht auf die Begleitumstände sich meistens als Trick zur Bereicherung interessierender Kreise herausstellen, denn einen Vorteil für den Leser bieten sie in den seltensten Fällen. Erstens ist die Zahl der Einsender ziemlich groß, zweitens sind sie zumeist in unverhältnismäßig hohen sonstigen Kosten verbunden und die Versicherungssummen werden selten ausgezahlt, weil irgend etwas den Bestimmungen nicht entspricht.

Was aber sonst geboten wird, ist nichts weiter als Makulatur, die des Aufhebens nicht

halt. Endlich bin ich jenseits des Hafens am Strand, hinter dem künstlich geschaffenen Molenvorsprung. Es ist Ebbe. Aus dem abfließenden Wasser heben sich die Korallenriffe; zerwaschene, ausgeglatte, abgeschliffene Versteinerungen. Zusammengebuckelte Muscheln und anderes Seegelie.

Ich gehe hinaus — an Schwämmen ist zwischen dem Riff nicht zu denken — soweit die kurzen Buxen und die Lota es zulassen. Durch das klare Wasser ist die Meerfauna deutlich zu sehen: grün opalisierende Algen, zu Gebilden zusammengeschlossen wie Kristalle, bald wie Lanzen. An Gattler: zu aber tausenden winzige Krebse; Krabben, deren zierliche Spur am Strand oben deutlich zu sehen ist; Muscheln jeder Art und Größe, hin und wieder Seesterne.

Manchmal, im Vorwärtsschreiten von einem Riff zum anderen, unterschätze ich die ausgesetzene Vertiefung; sacke ab mit leisem Schreck, den Photoapparat im hochgehobenen Arm. Als das Wasser — längst sind die kalifornischen Hosen naß bis zum Gürtel — schon über die Hüften geht und die Strömung zu stark wird, drehe ich: dem Strand zu.

In dem feuchten, heißen Sand hat das Meer ein kleines Museum seiner Tierwelt angeordnet. Ich sammle und lade darunter ein schönes Stück: eine kleine, durch und durch versteinerte Muschelschale, matt anzu-führen wie Marmor, am Rand einen braunroten Strich. Und unter den „Schätzen“, die vor mir auf dem Tisch liegen, ist ein zierlicher, versteinertes Krabbe: die Schale mit seltsamer Zeichnung in Grün, Rot und Lila.

Es ist bald Mittag geworden, während ich diese Zeilen schreibe. Fast Windstille. Nur manchmal kommt ein schwacher Hauch: glühende Luft. Das Licht ist so gleißend, daß es selbst durch die Schutzbrille blendet. Nur die Spitze des Papandajan steckt in Wolken.

Morgen werden wir ihn besteigen, und in einer halben Woche, dann gehts wieder zurück in die „Kultur“. Kurt Offenburg.

wert ist. Kurze Erzählungen, entweder abgeschrieben aus anderen oder alten Zeitungen, um die Kosten zu sparen, kurze Fortsetzungen in Romanen, die mit Reklamentizen und Inseraten durchsetzt sind, Briefkastennotizen und sogenannte wissenschaftliche Abhandlungen, die nach Wochen von anderen, die entgegengesetzte Richtung vertretende abgelöst werden; Rätsel, die leicht gestellt, aber schwer zu lösen sind, blödsinnige Modenoutheiten, teure Kochrezepte und dergleichen sind der Inhalt.

Dieser Nachteil haftet auch vielen der sogenannten besseren Zeitschriften, wie Revues, Magazine und selbst Werke an, die wissenschaftlichen Charakter aufweisen. Der Verdienst ist Triumph, die Inserate und der Kitsch überwiegt. Wo Witze gebracht werden, sind es überwiegend solche, die höchstens über die Naivität der Redakteure lachen lassen. Was aber wirklichem Menschsein, dem Fortschritt und dem Aufstieg dient, seelische Anregung bringt, ohne doch einem starren Dogma zu dienen und Lebensrechte vertritt, letzten Endes eines idealistischen Schriftstellers, wird den Papierkorb überantwortet oder mit lächerlichen Phrasen zurückgeschickt. Schematismus, wohin das Auge blickt und immer auf Kosten der Massen.

Sind wir doch ohrlieh. Wer sich versichern will, soll eine Versicherung, beispielsweise bei der Volksfürsorge abschließen und wer eine wirkliche Unterhaltungsliteratur wünscht, soll eine Zeitung lesen, die seinen Interessen dient oder Bücher zu geringen Preisen kaufen in der Volksbuchhandlung seines Bezirks und Mitglied werden einer Büchergemeinschaft.

Damit dient er seiner Fortbildung, seiner Unterhaltung und seiner Lebenssicherung bis ans Ende.

Was liest man am liebsten in der Zeitung?

Die Londoner „Morning-Post“ hat bei ihren Lesern eine Umfrage veranstaltet, welche Rubriken in den Zeitungen am beliebtesten sind und zuerst und meist gelesen werden. Die Antworten sind für das englische Publikum recht bezeichnend und dürften auch für die deutschen Leser großes Interesse haben, da sich die europäischen Kulturvölker in dieser Beziehung ziemlich ähnlich sind. Am meisten gelesen werden Nachrichten und Inserate, ein Zeichen dafür, welche hervorragende Werbungsmitel für die Geschäft... Zeitung bildet. Auch bei uns in Deutschland gibt es eine große Anzahl von Lesern, die sich hauptsächlich und zuerst mit den Inseraten befassen. Jeder hat irgendeinen Wunsch zu kaufen oder zu verkaufen und unterrichtet sich garüber am besten in seiner Zeitung. Diese Tatsache ist nun auch durch umfangreiche statistische Erhebungen zahlenmäßig bewiesen worden. Daß die neuen Nachrichten allgemein interessierender, ist selbstverständlich, denn von ihnen hängen Politik und Wirtschaftsleben ab. Die zweitgrößte Anzahl von Stimmen haben die wissenschaftlichen und unterhaltenden Aufsätze auf sich vereinigt. Heute ist das Interesse an der Entwicklung der modernen Kultur bis in die weitesten Schichten verbreitet, und sogar den schwierigsten Problemen sucht man näher zu kommen, wenn sie in volkstümlicher Weise vorgetragen werden. Bei dem großen Interesse, das der Sport heute bei allen Schichten der Bevölkerung findet, hätte man annehmen dürfen, daß er an bevorzugter Stelle genannt wird. Offenbar liebt man zwar die Sportbetätigung, ohne den einzelnen Nachrich-

ten über alle möglichen Veranstaltungen mit der gleichen Anteilnahme zu begegnen. Der Sportteil hat ungefähr ebenso viel Stimmen auf sich vereinigt, wie der Frauenteil. Es wäre aber falsch anzunehmen, daß sich für Frauenartikel nur Frauen interessieren. Auch Männer haben vielfach ihre Stimmen dieser Abteilung der Zeitung gegeben. Der Handels- teil ist auch heute noch bei zahlreichen Lesern wenig beliebt. Obwohl die wirtschaftlichen Verhältnisse heute eine ganz andere Bedeutung haben, als in früheren Zeiten und fast jeder an den Valutafragen, Zollangelegenheiten und Einfuhrproblemen in irgendeiner Weise beteiligt ist, konnte sich der Handels- teil noch nicht die allgemeine Beliebtheit er- ringen. Er ist eine Spezialrubrik für Fach- leute, die sehr notwendig ist, da sie die erste- sten Angelegenheiten des öffentlichen Lebens behandelt. Der Durchschnittsleser und beson- ders die Durchschnittsleserin hat aber mit diesen Problemen wenig zu schaffen. Endlich sind auch Bilder an letzter Stelle genannt worden. Dies ist aber sicher nur ein Zufall, denn erfahrungsgemäß hat das Publikum ein großes Interesse an bildlichen Darstellungen. Im allgemeinen kann man sagen, daß diese Abstimmung ein Bild gibt, das für den euro- päischen Leser im allgemeinen charakteri- stisch ist. Unter Nachrichten sind selbstver- ständlich auch die politischen Nachrichten zu verstehen, denn die Politik ist heute in ganz Europa derjenige Teil der Zeitungen, der fast alle Leser angeht und darum von ihnen zuerst und hauptsächlich gelesen wird.